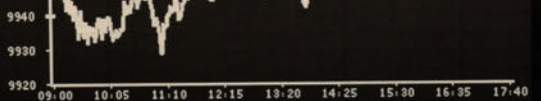


174,668/174,740	MRK	126,951	(127,050/127,100)
69,415/69,425	MUV2	162,738	(162,556/162,594)
35,349/35,384	RNE	29,191	(29,220/29,225)
30,310/30,320	SAP	56,440	(56,440/56,456)
27,206/27,210	SDF	26,227	(26,232/26,243)
12,211/12,214	SIE	97,638	(97,623/97,638)
14,149/14,152	TKR	22,530	(22,464/22,477)
48,672/48,687	VOW3	195,085	(195,130/195,185)



69,410	(69,410/69,420)	MUV2	162,600	(162,550/162,594)
55,350	(55,340/55,360)	RNE	29,220	(29,220/29,225)
30,320	(30,310/30,315)	SAP	56,460	(56,450/56,456)
27,205	(27,200/27,205)	SDF	26,240	(26,230/26,243)
12,210	(12,210/12,215)	SIE	97,650	(97,620/97,638)
14,150	(14,150/14,155)	TKR	22,475	(22,470/22,477)
48,675	(48,675/48,680)	VOW3	195,150	(195,100/195,185)



ANALYSE

Vereinnahmung oder echte Transformation?

Der Privatsektor und die Sustainable Development Goals



Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Telefon: +49 30 678177593
info@forumue.de
www.forumue.de

Unfairtobacco
c/o Berliner Landesarbeits-
gemeinschaft Umwelt und
Entwicklung BLUE 21 e. V.
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Telefon: +49 30 6946101
info@unfairtobacco.org
www.unfairtobacco.org

Global Policy Forum
Königstraße 37a
53115 Bonn
Telefon: +49 228 9650510
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org

Bischöfliches Hilfswerk
MISEREOR
Mozartstraße 9
52064 Aachen
info@misereor.de
www.misereor.de

Autorinnen und Autoren Marie-Luise
Abshagen, Anna Cavazzini, Laura
Graen, Wolfgang Obenland

Redaktion Ellen Köhrer, Marie-Luise
Abshagen, Anna Cavazzini, Johannes
Grün, Jürgen Maier

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Übersetzung Sonja von Eichborn

Fotos Thomas Lohnes/Reuters
(Cover), Yuri Gripas/Reuters (S. 6),
Alexandre Meneghini/Reuters (S. 7),
Stephen Jaffe/Reuters (S. 18),
Shannon Stapleton/Reuters (S. 23),
Paul Jeffrey/Brot für die Welt (S. 24, 29)

SDG-Abbildungen United Nations
(S. 9), Büro Schroeder, Hannover
(S. 26-27)

Layout János Theil

Druck dieUmweltdruckerei, Hannover

Art.-Nr. 129 502 880

Spenden

Brot für die Welt
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00
Bank für Kirche und Diakonie
BIC GENODED1KDB

Berlin, Juli 2018

Die Verantwortung für den Inhalt
dieser Veröffentlichung liegt bei den
Autorinnen und Autoren.

Dieses Projekt wurde unter anderem gefördert durch das Umweltbundesamt
und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.
Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Mitglied der
actalliance



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundesamt**

ANALYSE

Vereinnahmung oder echte Transformation?

Der Privatsektor und die Sustainable Development Goals

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Der Privatsektor und die SDGs – ein Überblick	6
UN als Plattform für Unternehmensbeteiligung an SDGs	6
Unternehmen engagieren sich für SDGs – schwer messbar	7
SDG-Geschäftsszenarien – reichen sie aus?	8
SDG-Engagement des Privatsektors birgt auch Risiken	9
Privat oder öffentlich finanziert?	10
Geld nützt nichts ohne Kohärenz	10
Die Verantwortung der Regierung	11
Empfehlungen	11
Fallstudie 1, SDG-Bonds: Privates Kapital als Rettungsanker?	13
Wie werden die SDGs finanziert?	13
Rettungsanker privates Kapital?	14
Bonds als Antwort?	15
Die Umwelt mit Green Bonds retten?	15
Freiwillige Selbstregulierung für Green Bonds	16
SDG-Bonds	18
Probleme bei der privaten Finanzierung nachhaltiger Entwicklung	19
Regulierung ist dringend nötig	20
Sind Anleihen wirklich die Lösung?	20
Fallstudie 2, Tabakindustrie: Wahrhaftiger Wandel oder Verschleierung alter Strategien mithilfe der SDGs?	22
Tabak – eine Bürde für nachhaltige Entwicklung	22
Mehr als ein Gesundheitsproblem	24
Engagement der Tabakindustrie zu SDGs	25
Strategieänderungen beim Kerngeschäft?	29
Zusammenfassung und Empfehlungen	31
Die Rolle anderer Wirtschaftssektoren	32
Abkürzungen	33
Über die Autorinnen und Autoren	34

Einleitung

Im September 2015 wurde die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) bei einem Gipfel der Vereinten Nationen (UN) von allen UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet. Die SDGs bieten einen umfassenden Rahmen für eine globale sozial-ökologische Transformation.

Das Neue an den Zielen ist im Vergleich zu den Millenniumentwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs) ein Paradigmenwechsel: Alle Länder, nicht nur die im globalen Süden, müssen die SDGs umsetzen und eng zusammen arbeiten, um das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Zukunft zu erreichen. Deshalb sollen die SDGs bis 2030 in allen Staaten und auf allen Ebenen umgesetzt sein.

Neben den Regierungen waren verschiedene Akteure an der Entwicklung der SDGs beteiligt, sie engagieren sich nun für ihre Umsetzung. Dazu gehören zivilgesellschaftliche Organisationen und die Wissenschaft ebenso wie die Privatwirtschaft. Letzterer schreibt die Agenda 2030 eine bedeutende Rolle zu.

In vielen Ländern bildet die Einbindung des Privatsektors in die SDG-Umsetzung Teil einer politischen Strategie. Regierungen und die UN bemühen sich, die Privatwirtschaft vermehrt in die Pflicht zu nehmen, auch zur Finanzierung der neuen Ziele. Außerdem erwarten viele Regierungen, dass das Bekenntnis von Firmen und Konzernen zu den SDGs zu größerem sozialen und ökologischen Bewusstsein in Unternehmensstrategien führt.

Dem Ruf nach unternehmerischem Engagement für die Agenda 2030 sind unterschiedliche Konzerne und Unternehmenslobbys gefolgt. Schon während der SDG-Verhandlungen nutzte der Privatsektor intensiv verschiedene Kanäle für Lobbyaktivitäten. Nach der Verabschiedung der Agenda 2030 haben einige Konzerne ihre Unterstützung für die SDGs kundgetan. Andere haben eine Bewertung der Relevanz der Ziele für ihre Unternehmenstätigkeiten durchgeführt.

Unternehmen bei der SDG-Umsetzung einzubinden ist also eindeutig en vogue. Eine systematische Analyse fehlt allerdings: Wie befassen sich Unternehmen mit den SDGs? Wie wirken sich SDG-Aktivitäten der Unternehmen tatsächlich auf weltweite Nachhaltigkeit aus? Und welche Strategien werden benötigt, um die Aktivitäten von Unternehmen besser mit der transformativen Agenda der SDGs in Einklang zu bringen?

Diese Analyse möchte einige dieser Fragen beantworten und so zum kritischen Diskurs über die Rolle der Privatwirtschaft zur Erreichung der SDGs beitragen. Das erste Kapitel gibt einen Überblick zur Auseinandersetzung der Unternehmen mit den SDGs und zu den relevanten Diskussionen darüber. Anschließend werden zwei Wirtschaftssektoren analysiert. Die erste Fallstudie betrachtet den Finanzsektor. Sie diskutiert, inwiefern die Umsetzung der SDGs davon abhängt, Finanzflüsse von unnachhaltigen Bereichen zur SDG-Finanzierung umzuleiten und setzt sich kritisch mit dem Narrativ einer notwendigen "Umschichtung von Billionen" auseinander. Die Fallstudie untersucht dabei den wachsenden Markt der SDG-bezogenen Finanzinstrumente wie etwa Anleihen und ihren Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung.

Die zweite Fallstudie untersucht Tabakunternehmen und ihre Bezugnahme auf die SDGs. Konsumgüter sind für die Agenda 2030 aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt entlang der Lieferketten von großer Bedeutung. Alkohol und Tabak sind die einzigen Konsumgüter, die in den SDGs explizit erwähnt werden. Von allen Konsumgütern wirkt sich Tabak besonders negativ auf die Umsetzung der SDG aus, sei es in Bezug auf Gesundheit, Landwirtschaft oder Wasser. Deshalb spielt dieser Sektor für die erfolgreiche Umsetzung der SDGs eine wichtige Rolle.

Der Privatsektor und die SDGs – ein Überblick

von Marie-Luise Abshagen und Anna Cavazzini

Regierungen, die UN und die internationalen Finanzinstitutionen treiben schon seit den Verhandlungen der Agenda 2030 vermehrt eine intensive Beteiligung des Privatsektors in der Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung voran. Dies folgt dem Narrativ, dass die Agenda 2030 jährliche Investitionen zwischen fünf und sieben Billionen US-Dollar benötigen werde und alleine Entwicklungsländer einer Finanzierungslücke von 2,5 Billionen US-Dollar entgegensähen.¹ Globale Politik lässt sich nach dieser Logik vor allem durch Partnerschaften, bei denen die Privatwirtschaft eine zentrale Rolle zugesprochen bekommt, realisieren. Die UN fungiert als Plattform, um diese Einbindung von Unternehmen zu organisieren und zu gewährleisten.²

UN als Plattform für Unternehmensbeteiligung an SDGs

Es finden sich einige Beispiele, die aufzeigen, wie neue Prozesse von Seiten der UN und Mitgliedsstaaten geschaffen wurden, um das privatwirtschaftliche Engagement für die SDGs voranzubringen. Schon im Jahr 2014 wurde der UN Business Action Hub vom UN Global Compact, Global Hand – einer gemeinnützigen Organisation aus Hong-Kong – sowie 20 UN-Organisationen entwickelt. In diesem Forum können UN und Unternehmen miteinander in Dialog treten, Informationen austauschen und aktiv werden, um beispielsweise die SDGs voranzubringen. Mitgliedsunternehmen sind Unternehmen wie DHL, BASF, Ikea und die Bank of America.³

Im gleichen Jahr rief die UN mit einer Anschubfinanzierung der spanischen Regierung den SDG-Fund⁴ ins Leben, einen internationalen Entwicklungsmechanismus mehrerer Geldgeber und Organisationen, der Aktivitäten für eine nachhaltige Entwicklung durch integrierte und multidimensionale Programme unterstützen soll. Um öffentlich-private Partnerschaften besser auf nachhaltige Entwicklung auszurichten, führte der SDG-Fund



Die UN und internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank drängen auf stärkeres Engagement des Privatsektors zur Deckung der Kosten für die Umsetzung der SDGs.

ein Beratungsgremium (Private Sector Advisory Group) ein, in dem die Unternehmensführungen großer Firmen der weltweiten Industrie sitzen, darunter H&M und Intel.⁵

Das UN Private Sector Forum wird seit 2008 vom UN-Generalsekretär ausgerichtet und vom UN Global Compact organisiert. Seit der Verabschiedung der Agenda 2030 konzentriert sich dieser jährliche Gipfel vor allem auf die SDGs. Unter anderem stammen von dort Ankündigungen multinationaler Unternehmen, unter ihnen Anglo American, Facebook, MasterCard, Nestlé und Siemens, die SDGs mit konkreten Maßnahmen wie Pilotprojekten, Genderquoten oder Investitionen in Infrastruktur zu unterstützen.⁶

1 – <http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2014.en.pdf>

2 – www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Globale_Partnerschaften_online.pdf

3 – https://business.un.org/en/browse/companies_entities?page=8

4 – Der SDG-Fund schließt Unternehmen und Wissenschaft ein und unterstützt gemeinsame Programme in 22 Ländern mit einem Budget von etwa 70 Millionen US-Dollar.

5 – www.sdgfund.org/who-we-are

6 – www.unglobalcompact.org/docs/issues_doc/development/PSF2015Announcements.pdf; www.unglobalcompact.org/docs/news_events/PSF2017/2017-PSF-Commitments.pdf

Und schließlich wird das High-Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) seit 2016 vom SDG Business Forum begleitet, das von der Internationalen Handelskammer (ICC), der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (UN-DESA) und dem UN Global Compact ausgerichtet wird. Ziel des Forums ist es, den Dialog zwischen Regierungen und der Privatwirtschaft zu fördern.⁷ Teilnehmende der bisherigen zwei Gipfel kamen unter anderem von Pfizer, Citigroup, Finnair und Danone.⁸ 2017 hatten sich 1.500 Unternehmensvertreter/innen für den Gipfel registriert.⁹

Neben der UN sind auch viele Regierungen daran interessiert, das Engagement des Privatsektors für die SDGs voranzutreiben und diese politisch einzubinden. In Kanada führten zum Beispiel Global Affairs Canada und das UN Global Compact Network Canada (GCNC) mehrere runde Tische zur Rolle der Privatwirtschaft in der Agenda 2030 durch.¹⁰ Unter dem früheren US-Präsidenten Barack Obama gründete der US Council for International Business die Initiative Business for 2030.¹¹ Die mexikanische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit schuf die Partnerschaft für Nachhaltigkeit, eine Plattform für strategische Zusammenarbeit mit Unternehmen, die SDGs unterstützen.¹² Andere Länder wie Deutschland oder Argentinien schließen den Privatsektor neben der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft als zentralen Partner in ihre nationale SDG-Umsetzung ein.¹³

Unternehmen engagieren sich für SDGs – schwer messbar

Das Engagement des Privatsektors für die SDGs wächst also sichtbar. Dies folgt gewissermaßen einem Trend der letzten Jahre oder sogar Jahrzehnte, gemäß dem sich Unternehmen mehr mit Nachhaltigkeit auseinandersetzen müssen. Denn längst werden die Auswirkungen von Unternehmen auf die Gesellschaft und die Umwelt genau

unter die Lupe genommen. Umwelt- oder Menschenrechtsskandale bei Unternehmen werden öffentlich diskutiert und angeprangert, was sich in manchen Fällen sogar in Profit- oder Unternehmenswerteinbußen niederschlägt.

Folglich haben die meisten Unternehmen mittlerweile eine Nachhaltigkeitsstrategie oder eine CSR-Abteilung (Corporate Social Responsibility bzw. Unternehmerische Gesellschaftsverantwortung) und unterhalten verschiedene soziale Programme. Einige haben neue Produktlinien mit Nachhaltigkeitskriterien eingerichtet oder gar ihr Unternehmensmodell umorientiert. Die SDGs sind somit ein neues Element dieser Verlagerung zu mehr Nachhaltigkeit in Unternehmen, aber kein grundlegend neuer Ansatz.

Die Auseinandersetzung von Unternehmen mit den SDGs unterscheidet sich allerdings stark, ähnlich wie es auch bei den vorherigen Nachhaltigkeitsansätze der Fall war. Während einige Firmen die SDGs für kaum mehr als für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen, haben andere sie umfangreich in ihre CSR-Strategien eingebunden. In einigen Fällen haben Unternehmen die SDGs als Werkzeug für die Neuausrichtung ihrer Unternehmenspraktiken erkannt, um Probleme in ihren Lieferketten besser angehen zu können sowie Risiken für ihr Unternehmensmodell zu erfassen. In wieder anderen Fällen nutzen Firmen die SDGs als Geschäftsszenario, in dem mit neuen Produkten oder in neuen Bereichen Profit erzielt werden kann.

Dennoch bleibt die Größenordnung, Intention und Wirkung des Engagements von Unternehmen für die SDGs oft vage und kaum messbar. Etwas Licht auf wirkliches unternehmerisches SDG-Engagement wirft der Blick in die Unternehmensberichterstattung. Diese dient als Hauptinstrument zur Offenlegung von finanziellen und nicht-finanziellen Firmeninformationen. Laut einer Studie des Wirtschafts- und Beratungsunternehmens KPMG aus dem Jahr 2017 beziehen sich 40 Prozent der weltweit größten Unternehmen (Global 250, von Fortune

7 – www.sdgbusinessforum.org

8 – www.businessfor2030.org/bizfor2030blog/2016/7/25/the-2016-sdg-business-forum-a-recap; https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/14260SDG_Business_Forum_Programme_preview.pdf

9 – <http://sdg.iisd.org/news/sdg-business-forum-showcases-business-support-for-sdgs/>

10 – <http://globalcompact.ca/category/gcnc-news/>

11 – www.businessfor2030.org

12 – <https://sdghub.com/wp-content/uploads/2017/06/G20-SDGs-Mexico-2017.pdf>

13 – www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2017-01-11-nachhaltigkeitsstrategie.pdf;jsessionid=0B9B66420D51B4523EAC32DB93F9D473.s4t2?_blob=publicationFile&v=22, <https://sdghub.com/wp-content/uploads/2017/06/G20-SDGs-Argentina-2017.pdf>

nach Gesamteinnahmen im jeweiligen Finanzjahr klassifiziert¹⁴) in ihren Unternehmensberichten auf die SDGs. Von diesen sind die meisten aus Deutschland (83 %), Frankreich (63 %) und Großbritannien (60 %), gefolgt von Japan (46 %) und den USA (31 %). Die Studie stellt heraus, dass vor allem große Unternehmen in Konsumgütersektoren wie Versorgungswirtschaft, Autoindustrie, Einzelhandel, Technologie, Medien und Telekommunikation sowie Gesundheitsversorgung eher zu den SDGs berichten als Unternehmen der Schwerindustrie wie Produktanfertigung, Öl und Gas.¹⁵

Für die Umsetzung der SDGs in Geschäftsmodellen oder Unternehmensberichten sind verschiedene Standards erarbeitet worden. Richtlinien sind unter anderem der SDG-Kompass der Global Reporting Initiative (GRI), UN Global Compact und der Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung (WBCSD) oder der Sustainable Development Goals-Bericht des International Integrated Reporting Council (IIRC).¹⁶ Auch KPMG hat neun Qualitätskriterien für SDG-Berichte vorgeschlagen.¹⁷ Außerdem gibt es verschiedene Veröffentlichungen der Zivilgesellschaft zu Richtlinien für SDG-Aktivitäten von Unternehmen, zum Beispiel von Oxfam¹⁸ und CIVICUS.¹⁹

SDG-Geschäftsszenarien – reichen sie aus?

Um Unternehmen für die SDGs zu interessieren, wird meistens vor allem der unternehmerische Vorteil aufgezeigt. Investoren und Investorinnen und andere Stakeholder sollen überzeugt werden, dass sich eine SDG-Aktivität ökonomisch rechnet, insbesondere mit Bezug auf Risikoeinschätzung und wirtschaftliche Chancen für das

Unternehmen. Das ist auch die Strategie des UN Global Compact, dessen SDG-Kompass konstatiert, die SDGs stellten „eine Möglichkeit für unternehmensgeführte Lösungen und Technologien“ dar.²⁰ Darüber hinaus wird argumentiert, dass die SDGs neue Wachstumsmöglichkeiten und niedrigere Risikoprofile böten.

Es ist somit nicht überraschend, dass viele Unternehmen nur jene SDGs umsetzen, die für ihr Geschäft und die Anleger/innen im Vordergrund stehen oder bei denen sie die größte Wirkung für ihre CSR-Strategie erzielen können. In einer weiteren Studie über Unternehmensberichterstattung zu den SDGs hob KPMG 2018 hervor, dass Unternehmen sich vor allem mit den SDGs 12, 8 und 4 (55 Prozent der berichtenden Firmen) beschäftigen und am wenigsten mit den SDGs 15, 2 und 14 (26 Prozent oder weniger der berichtenden Firmen).²¹ Ähnliche Einschätzungen haben auch Unternehmensnetzwerke wie der WBCSD getätigt.²²

Obwohl dieses Vorgehen aus Unternehmenssicht verständlich sein mag, müssen die SDGs als zusammengehörige, universelle Agenda verstanden werden, bei der die „Rosinenpickerei“ nicht dazu führen darf, nachhaltige Entwicklung wirklich umzusetzen. Die besten Beispiele sind in der Fallstudie zum Finanzsektor zu finden, in der die Grenzen von Investitionsmöglichkeiten für nachhaltige Entwicklung und grüne Bonds (meist Infrastruktur, Bau und Energie) aufgezeigt werden. Denn klar ist, Investitionen in kleinbäuerliche Landwirtschaft, Naturschutzgebiete oder Sozialdienste sind gut für die Menschen und den Planeten, ausreichend profitabel sind sie aus unternehmerischer Sicht häufig nicht.

Zwar ist die reine Anzahl der SDG-Versprechen von Unternehmen hoch, gleichzeitig zeigen die Fallstudien und unterstützende Literatur aber, dass sich häufig ein

14 – <http://fortune.com/global500/>

15 – <https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/xx/pdf/2017/10/kpmg-survey-of-corporate-responsibility-reporting-2017.pdf>

16 – https://sdgcompass.org/wp-content/uploads/2015/12/019104_SDG_Compass_Guide_2015.pdf; http://integratedreporting.org/wp-content/uploads/2017/09/SDGs-and-the-integrated-report_full17.pdf

17 – <https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/xx/pdf/2018/02/how-to-report-on-sdgs.pdf>

18 – www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/dp-raising-the-bar-business-sdgs-130217-en_o.pdf

19 – www.civicus.org/documents/reports-and-publications/SOCS/2017/thematic-synthesis.pdf

20 – https://sdgcompass.org/wp-content/uploads/2015/12/019104_SDG_Compass_Guide_2015.pdf

21 – Laut KPMG priorisierte ein Viertel von 101 Unternehmen bis zu fünf SDGs, ein weiteres Viertel zwischen sechs und zehn SDGs, ein Viertel zwischen 11 und 16 SDGs und das letzte Viertel priorisierte alle 17 Ziele. <https://assets.kpmg.com/content/dam/kpmg/xx/pdf/2018/02/how-to-report-on-sdgs.pdf>

22 – www.commerzbank.de/media/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstandards/sustainable_development_goals/TwoPager_Sustainable_Development_Goals_DE.pdf; http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/unctad_sse_2016d1.pdf; www.pwc.com/gx/en/sustainability/SDG/SDG%20Research_FINAL.pdf



In vielen Ländern ist das Engagement des Privatsektors bei der Umsetzung der SDGs Teil der offiziellen Politik. Regierungen und UN streben ein verstärktes Engagement des Privatsektors zur Finanzierung der Umsetzung der SDGs an. Damit erwarten viele Regierungen, dass das SDG-Engagement der Unternehmen zu einem höheren Sozial- und Umweltbewusstsein in den Geschäftsstrategien führt.

Großteil des unternehmerischen Engagements für SDGs auf PR-Strategien konzentriert. In vielen Fällen stecken dahinter allerdings nur zusätzliche, vom Hauptgeschäft abgekapselte Projekte, anstatt einer Veränderung der Unternehmensstrategie an sich. Ohne unabhängige und umfassende Evaluierung des SDG-Engagements von Unternehmen kann man sich also der tatsächlichen Wirkung für die Nachhaltigkeit nicht sicher sein.

SDG-Engagement des Privatsektors birgt auch Risiken

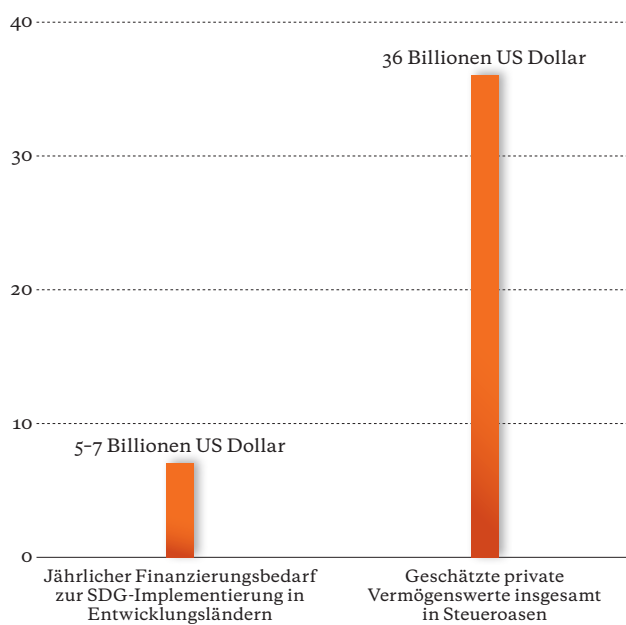
Die zunehmende Einbeziehung des Privatsektors in nachhaltige Entwicklung birgt somit auch Risiken. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind über die Macht von Unternehmen sowie die Erwartungen an den Privatsektor als Entwicklungsakteur besorgt und weisen

auf die offensichtlichen Konflikte hin, die zwischen profit-basierten privatwirtschaftlichen Aktivitäten und nachhaltiger Entwicklung bestehen.²³ In diesem Zusammenhang wird auf Fälle von Menschenrechtsverletzungen, Steuerflucht und Betrug durch Unternehmen, Kritik am Greenwashing und eine generellen Ablehnung eines wachstumsbasierten Wirtschaftssystems hingewiesen. Hinzu kommt, dass sich weltweit ein zunehmend hartes Durchgreifen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen beobachten lässt. Dafür gibt es zahlreiche Gründe. Der Druck nimmt aber auch dann zu, wenn diese NGOs einem Deal zwischen Regierung und Privatsektor in die Quere kommen. Insbesondere beim Bau von Infrastruktur lässt sich diese Dynamik immer wieder weltweit beobachten.²⁴

Unternehmensaktivitäten tragen in großem Maße zu CO₂-Emissionen, Umweltzerstörung und Verlust an Biodiversität bei und es bleibt die Frage, ob eine Einbeziehung

²³ — www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Corporate_influence_in_the_Post-2015_process_web.pdf; www.civicus.org/documents/reports-and-publications/SOCS/2017/essays/the-private-sector-and-the-sdgs-implications-for-civil-society.pdf.

²⁴ — www.civicus.org/documents/reports-and-publications/SOCS/2017/essays/the-private-sector-and-the-sdgs-implications-for-civil-society.pdf



Jährlicher Finanzbedarf für die Erreichung der SDGs bis 2030 und geschätzte private Vermögenswerte in Steueroasen

Quellen: http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2014_en.pdf, S. S: xi), www.foreignaffairs.com/articles/panama/2016-04-12/taxing-tax-havens

von Privatwirtschaft in die SDGs überhaupt eine Wirkung haben wird, wenn sie nicht mit strenger Regulierung und einer fundamentalen Veränderung des globalen Wirtschaftssystems einhergeht.²⁵ Im Gegenteil besteht die Gefahr, dass die SDGs ein Einfallstor darstellen, um Regierungen zur Schaffung eines investitionsfreundlichen (und regulierungsarmen) Klimas zu bewegen. Die Fallstudie zu Tabak zeigt das als eines von vielen Beispielen der Macht von Konzernen gegenüber Regierungen und der UN.²⁶

Privat oder öffentlich finanziert?

Mit dem steigenden privaten Engagement in der SDG-Umsetzung tendieren Regierungen dazu, ihre ursprüngli-

chen Aufgaben immer mehr an private Unternehmen zu übergeben, besonders im sozialen Sektor (beispielsweise Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energieinfrastruktur, Transport, Entwicklungszusammenarbeit). Dieser Trend unterstützt eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Die demokratische Legitimierung sowie das Argument der geringeren Kosten für öffentlich-private Partnerschaften werden von vielen Seiten in Frage gestellt, und diese Kritik wird zunehmend durch Forschungsergebnisse bekräftigt.²⁷

Der Diskurs zur SDG-Finanzierung könnte bei Regierungen das Interesse an und die Abhängigkeit von einer Privatisierung öffentlicher Aufgaben erhöhen. Insbesondere in Bezug auf öffentliche Dienstleistungen haben viele Fälle gezeigt, dass das Bretton Woods-Entwicklungsmodell privater Investitionen in z. B. Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Wasser und Energie oft zur Verschlechterung dieser Dienstleistungen oder zu begrenztem Zugang, vor allem für arme Bevölkerungsteile, geführt hat.

Geld nützt nichts ohne Kohärenz

Die Umsetzung der SDGs ist in vielen Fällen eher eine Frage des Politikwechsels denn der Investitionen (beispielsweise in der Verwirkung von Frieden, guter Regierungsführung und Justiz). Ständig das Mantra „von Milliarden zu Billionen“ zu wiederholen, ist der falsche Ansatz. Denn dadurch verschiebt sich der Fokus schleichend von dringend benötigten politischen Veränderungen hin zu einem Mehr an Finanzierung als einzig notwendigem Kriterium für die Umsetzung der Agenda 2030.

Dabei gibt es eigentlich mehr Geld als je zuvor, es ist nur ungleich verteilt. Laut einer Veröffentlichung des Tax Justice Network von 2012 „gab es Ende des Jahres 2010 ein ungemeldetes Finanzvermögen von mindestens 21 Billionen US-Dollar im Besitz von reichen Individuen in Steueroasen. Diese Summe entspricht der Größe der Volkswirtschaften der USA und Japans zusammen.“²⁸ Bis

²⁵ – Siehe zum Beispiel Publikationen von www.socialwatch.org

²⁶ – Siehe zum Beispiel <https://corporateeurope.org>; https://corporateeurope.org/sites/default/files/cop19_guide_to_corporate_lobbying-with_references.pdf (Stand: 15.5.2018); www.foei.org/wp-content/uploads/2012/06/Statement-on-UN-Corporate-Capture-EN.pdf

²⁷ – Siehe zum Beispiel www.world-psi.org/sites/default/files/rapport_eng_56pages_a4_lr.pdf; www.policyalternatives.ca/publications/monitor/problem-public-private-partnerships

²⁸ – www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/The_Price_of_Offshore_Revisited_Presser_120722.pdf

zum Jahr 2015 wuchs die Summe auf mindestens 24 bis 36 Billionen US-Dollar an.²⁹

Allein die Panama Papers zeigten, dass Mossack Fonseca, panamaische Anwaltskanzlei und Rechtsdienstleistungsunternehmen, im Namen von ungefähr 300.000 Firmen agierte und sich in seiner Kundschaft fünf damalige Präsidenten oder Regierungschefs aus Argentinien, Island, Saudi Arabien, der Ukraine und den Vereinigten Arabischen Emiraten befanden. Hinzu kamen Regierungsangestellte, nahe Verwandte und Mitarbeitende von mehreren Regierungschefs aus mehr als 40 weiteren Ländern.³⁰

Das Argument der SDG-Finanzierungslücken wäre ein ganz anderes, wenn Konzernsteuern korrekt gezahlt und öffentliche Gelder demokratisch ausgegeben würden. Es gibt Grund zur Sorge, dass eine zu starke Fokussierung auf die Privatwirtschaft bei der SDG-Umsetzung letztendlich von dringend notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen ablenkt. Wenn sich Unternehmen aufgrund des positiven, verbraucherfreundlichen Images der SDGs nämlich mehr auf diese unverbindlichen Ziele konzentrieren als auf die Einhaltung rechtsbasierter Ansätze oder rechtlicher Rahmenbedingungen (wie dem Zahlen ihres fairen Anteils an Steuern oder der Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards), dann können die SDGs in ihrer Breite nicht umgesetzt werden.

Die Verantwortung der Regierung

Angesichts der Universalität der Agenda 2030 ist dies besonders wichtig für die Länder des globalen Nordens. Mit ihrem riesigen ökologischen Fußabdruck zu Lasten der Menschen im globalen Süden, großen Exportüberschüssen, aber auch zunehmenden Ungleichheiten innerhalb der eigenen Grenzen müssen Regierungen und Gesellschaften in Europa und Nordamerika Vorreiter bei der Umsetzung der meisten SDGs sein. Da die meisten multinationalen Konzerne (zumindest in Bezug auf ihre Hauptsitze und den Großteil ihrer Profite) in diesen Ländern ansässig sind, wird ein Wechsel des Geschäftsmodells dieser Unternehmen große Auswirkungen auf die Welt als Ganzes haben. Das kann nur mit einer strengen staatlichen Regulierung im Interesse des Gemeinwohls

erreicht werden. Es ist zum Beispiel nicht ausreichend, einen alternativen Finanzsektor mit neuen nachhaltigen Finanzprodukten aufzubauen, wie das Kapitel zum Finanzsektor zeigt. Divestment sowie strikte und rigoros umgesetzte Steuerpolitiken einschließlich einer Reduzierung der Steuerflucht von Konzernen müssen der wesentliche Teil dieser Gleichung sein.

Wer die SDGs umsetzen will, muss einen erheblichen politischen und ökonomisch Paradigmenwechsel herbeiführen. Es bleibt die Aufgabe und Pflicht von Regierungen, eine bessere Welt für das Gemeinwohl zu verwirklichen. Die Einbeziehung der Privatwirtschaft in die Umsetzung der Agenda 2030 mag ein wichtiger Beitrag sein, aber politischer Steuerung muss an erster Stelle stehen und kann nicht ersetzt werden, ebenso wenig wie Monitoring- und Berichtsstrukturen. Regierungen müssen progressive ökonomische Strategien entwickeln, Regulierungen zum Schutz der Menschen und des Planeten vor Ausbeutung erlassen und die strukturellen Hindernisse beseitigen, die nachhaltige Geschäftspraktiken am Wachsen hindern.

Empfehlungen

Um die SDGs umzusetzen, müssen sich alle gesellschaftlichen Akteure beteiligen, der private Sektor ist da keine Ausnahme. Deshalb ist es ein gutes Zeichen, dass einige Unternehmen in gewissem Maße schon Nachhaltigkeitsaspekte oder sogar die SDGs in ihre Strategien integriert haben. Nichtsdestotrotz legt diese Analyse auch etliche Herausforderungen offen.

Die folgenden Politikempfehlungen sollen zur notwendigen Diskussion über die Umsetzung der SDGs und die Rolle des Privatsektors beitragen.

Empfehlungen für politische Entscheidungsträger

- Einen verbindlichen nationalen Plan zur Umsetzung der Agenda 2030 ausarbeiten, der alle Unterziele und Indikatoren umfasst, und der die Menschenrechte und die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Dimensionen berücksichtigt.

29 — www.foreignaffairs.com/articles/panama/2016-04-12/taxing-tax-havens

30 — https://en.wikipedia.org/wiki/Panama_Papers

- Rechenschaftspflicht, Transparenz und Wirksamkeit dort garantieren, wo private Finanzierungsquellen für die Agenda 2030 herangezogen werden, beispielsweise beim Blending.
- Über freiwillige Nachhaltigkeitsstrategien bei Unternehmen hinaus gehen und wirkungsvolle Regulierung wie beispielsweise Sorgfaltspflichten entlang der Lieferketten einführen, um Konzerne für die Umwelt- und Sozialauswirkungen ihrer Aktivitäten haftbar zu machen.
- Gesetze und internationale Regeln für eine faire, wirksame Steuererhebung und Eindämmung illegaler Finanzströme auf den Weg bringen, um öffentliche Einnahmen zu steigern, die für die Finanzierung notwendiger öffentlicher Güter und Dienstleistungen erforderlich sind.
- Regelungen einführen, die nachhaltigen Produkten Vorteile verschaffen, wie zum Beispiel die Internalisierung externer Kosten oder die Einführung von Labels zur Nachhaltigkeitsbilanz von Produkten.
- Nachhaltigkeitskriterien für bestimmte Produktgruppen wie zum Beispiel Nachhaltigkeitsbonds einführen.
- Strategien entwickeln, wie der Ausstieg aus unnachhaltigen Sektoren und Produkten (beispielsweise Tabak oder Kohle) eingeleitet und gehandhabt werden kann.
- Den Zugang zu und das Recht auf öffentliche Dienstleistungen sicherstellen.

Empfehlungen für Unternehmen

- Über die Erwähnung der SDGs in CSR-Rhetorik und -Projekten hinausgehen und Strategien für eine Umsetzung der SDGs entwickeln, die dazu führen, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens (inkl. der Lieferketten) die planetarischen Grenzen und die Menschenrechte respektiert und einhält.
- SDG-Aktionspläne mit eindeutigen Zeitplänen und Indikatoren entwickeln und umsetzen.
- Progressive Regulierung unterstützen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen nachhaltigen und weniger nachhaltigen Unternehmen zu schaffen.
- Unternehmen, die nach dem Konzept der Gemeinwohlökonomie mit einem ethischen Wirtschaftsmodell operieren als Vorreiter für die unternehmerische SDG-Umsetzung betrachten – und sich als ein solches Unternehmen in die Umsetzung der SDG einbringen.

Empfehlungen für die Zivilgesellschaft

- Regierungen und UN-Institutionen als Hauptakteure einer fortschrittlichen und erfolgreichen Umsetzung der SDGs ansehen und zu gesetzlichen Weichenstellungen auffordern.
- Partnerschaften mit dem Privatsektor auf ihren tatsächlichen Wert für die Verwirklichung der SDGs überprüfen.
- In ihrer Watchdog-Funktion: Die Beteiligung des Privatsektors an der SDG-Umsetzung vor allem hinsichtlich der Zielkonflikte kritisch analysieren und dabei strikte Kriterien anwenden, um SDG-Aktivitäten von Unternehmen zu untersuchen und zu messen.

Fallstudie 1, SDG-Bonds: Privates Kapital als Rettungsanker?

Von Wolfgang Obenland

Die zentrale Frage bei der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD) im Juli 2015 in Addis Abeba, Äthiopien, lautete: Wie sollen die Ziele und Ansprüche der – damals geplanten – Agenda 2030 und des Pariser Abkommens finanziert werden? Das Konferenzergebnis, die Addis Ababa Action Agenda (AAAA), enthält Ideen, Konzepte und politische Instrumente, wie einzelne Staaten und die internationale Gemeinschaft das nötige Geld aufbringen könnten, um bessere Lebensbedingungen für die Menschen in einer gesunden Umwelt und in erfolgreichen Volkswirtschaften zu schaffen.

Wie werden die SDGs finanziert?

Es wird angenommen, dass der Finanzierungsbedarf für nachhaltige Entwicklung in all ihren Dimensionen größer sein wird als für vorhergehende Entwicklungsagenden wie die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs). Das liegt zum einen daran, dass die MDGs teilweise für ökologische und wirtschaftliche Aspekte blind waren, aber auch daran, dass nun die voraussichtlichen Bedarfe an privatwirtschaftlichen Investitionen einberechnet werden. Die finanziellen Anforderungen der SDGs wurden dazu in einem einflussreichen Bericht der Weltbank prominent in den Vordergrund gestellt. In *From Billions to Trillions – Transforming Development Finance* argumentieren die Autoren und Autorinnen, dass anstatt der vielen schon für die MDGs benötigten Milliarden, die SDGs viele Billionen US Dollar zur Finanzierung aus allen möglichen Quellen erfordern würden.³¹

Diese Analyse wird jedoch von Experten und Expertinnen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen relativiert. Sie argumentieren, dass zusätzliche Finanzierung, die sicherlich notwendig oder zumindest hilfreich ist, nur ein Teil der Lösung sein kann. „Grundlegender sind die politischen und regulatorischen Herausforderungen,“ erläutert zum Beispiel Stefano Prato, Geschäftsführer der Society for International Development. Ähnlich

argumentiert Rosa Pavanelli, Generalsekretärin des Gewerkschaftsdachverbands Public Services International: „Politikkohärenz, Regulierung, Transparenz und öffentliche Investitionen sollten die Prioritäten der Regierungen sein, kombiniert mit starker Regierungsführung, die von einem demokratischen, partizipatorischen Prozess inspiriert ist. Um der Agenda 2030 gerecht zu werden, muss das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit für rechthebasierte soziale Inklusion und dem aktuellen profitorientierten Wirtschaftsmodell aufgelöst werden.“³² Finanzierung ist somit nur ein Teil einer notwendigen größeren Diskussion über die Umsetzung der SDGs – wenn auch zweifellos ein wichtiger.

Es gibt zahlreiche Schätzungen über die Volumina, die für die Finanzierung der SDGs benötigt werden – sie alle gehen in die Billionen US Dollar bis 2030.³³ Diesen Schätzungen stehen die traditionellen Finanzierungsquellen gegenüber, allen voran die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) sowie die Einnahmen von Regierungen in Form von Steuern und Gebühren. Vor allem in letzterem Bereich hat sich die Situation gerade in Ländern des globalen Südens deutlich verbessert. So konnten diese Länder zwischen 2000 und 2012 ihre öffentlichen Einnahmen von ungefähr sechs Billionen US-Dollar auf fast 7,7 Billionen US-Dollar pro Jahr steigern.³⁴ Dennoch werden selbst diese Erlöse deutlich zu wenig sein, um die geschätzten notwendigen Ausgaben für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Deshalb werden die klassischen internationalen Finanzierungsquellen als unzureichend angesehen.

Schon während der Addis Abeba-Konferenz, umso mehr aber während des Follow-up-Prozesses, der primär in jährlichen ECOSOC-Foren organisiert ist, zogen viele politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Aktivistinnen und Aktivistinnen der Zivilgesellschaft³⁵ zwei Schlüsse: (A) Nötig sei eine Stärkung der inländischen Ressourcenmobilisierung durch die Verbesserung von Regierungskapazitäten, unter anderem in den Steuerverwaltungen, Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung sowie illegaler Finanzflüsse,

31 – World Bank u.a. (2015): *From Billions to Trillions: Transforming Development Finance*. Washington, D.C. [http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/23659446/DC2015-0002\(E\)FinancingforDevelopment.pdf](http://siteresources.worldbank.org/DEVCOMMIT/Documentation/23659446/DC2015-0002(E)FinancingforDevelopment.pdf)

32 – www.2030spotlight.org/en/publication/we-dont-need-trillions-achieve-sdgs

33 – Siehe zum Beispiel UNCTAD (2014): *World Investment Report 2014 – Investing in the SDGs: An Action Plan*. New York/Geneva. [http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2014_en.pdf], S. xxvi.

34 – World Bank u. a. (2015), S. 6.

35 – Mit einigen Ausnahmen, siehe zum Beispiel Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2017): *Reclaiming policies for the public – Spotlight on Sustainable Development 2017*. New York etc. [www.2030spotlight.org]

und (B) die Umlenkung privater Investitionen in Richtung nachhaltige Entwicklung. Während beide Schlussfolgerungen in politischen Debatten, nicht zuletzt während der FfD-Foren, eine wichtige Rolle spielen, liegt die Letztere eindeutig im Trend. Der Diskurs über strengere Regulierung und aktive Regierungspolitiken wurde im FfD-Kontext mittlerweile weitgehend marginalisiert.

Rettungsanker privates Kapital?

Die Aktionsagenda von Addis Abeba bietet eine ganze Bandbreite an Ideen, was Regierungen tun könnten oder sollten, um Privatinvestitionen zu erhöhen, und gleichzeitig aber dafür zu sorgen, dass diese Investitionen langfristig ausgerichtet werden und de facto nachhaltige Entwicklung umfassend fördern. Wenigstens rhetorisch werden dabei inländische Investitionen bevorzugt. Diese gelten generell als stabiler und von internationalen Schocks unabhängiger und zielen tatsächlich auf den Aufbau von Produktionskapazitäten ab. Sie sind deshalb nachhaltiger – zumindest ökonomisch.³⁶

Es wird aber ohne Zweifel notwendig sein, nicht nur inländische, sondern auch international verfügbare Ressourcen zu nutzen. Dazu gehören beispielsweise die Mittel institutioneller Investoren wie Rentenfonds, die alleine Vermögenswerte in der erstaunlichen Höhe von ungefähr 41,3 Billionen US-Dollar halten.³⁷ Darin nicht enthalten sind die Mittel anderer Fondsmanager wie beispielsweise des US-Giganten BlackRock, der ein Vermögen in Höhe von 6,3 Billionen US-Dollar verwaltet.³⁸ Für das Jahr 2020 schätzt die Wirtschaftsprüfungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC) den Umfang sogenannter „Funds under management“ auf mehr als 100 Billionen US-Dollar.³⁹

Mit anderen Worten: Geld ist genug vorhanden. Das Problem, so zeigt es auch der Bericht der Inter-Agency Task Force on Financing for Development (IATF), ein UN-Gremium zur Überwachung der Ergebnisse der Addis-Konferenz, sind jedoch langfristige Investitionen in nachhaltige Entwicklung. Für politische Entscheidungsträger und -trägerinnen wird es eine der größten Herausforderungen sein, die auf kurzfristige Gewinne hin ausgerichteten Investitionen umzulenken.⁴⁰

Während der IATF-Bericht für 2018 praktische Schritte vorzeichnet, was Regierungen tun könnten oder sollten, um langfristige und nachhaltige Investitionen anzuregen, warnen Experten und Expertinnen der Zivilgesellschaft davor, dass Investitionen tatsächlich nicht nur Chancen, sondern auch Risiken bergen.⁴¹ Insbesondere Portfolio-Investitionen (Investitionen in Finanzprodukte anstatt in die Realwirtschaft) neigen dazu, volatil oder gar krisenverschärfend zu sein. Sie können – gerade in Krisenzeiten – sogar dazu führen, dass Kapital aus Ländern des globalen Südens abfließt.⁴²

Nicht nur Regierungen wollen mehr Investitionen. Auch ein wachsender Teil der Wirtschaft sieht die Umsetzung der SDGs als eine echte Geschäftsidee. Die Business and Sustainable Development Commission (BSDC), die als zweijährige Initiative im Jahr 2016 gegründet wurde und inzwischen 37 Kommissionsmitglieder aus Real- und Finanzwirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und internationalen Organisationen hat, spricht davon, dass die Erreichung der SDGs „Markchancen“ in Höhe von 12 Billionen US-Dollar in nur vier Sektoren generieren könnte: in Ernährung und Landwirtschaft, Städtebau, Energie und Materialien sowie Gesundheit und Wohlergehen.⁴³ Es geht also um potentielle Gewinne und nicht nur um reine Investitionsausgaben.

36 — Griffiths, Jesse (2014): *The State of Finance for Developing Countries, 2014: An assessment of the scale of all sources of finance available to developing countries*. Brussels. [www.eurodad.org/files/pdf/54f98666925bf.pdf] S. 13.

37 — www.willistowerswatson.com/-/media/WTW/Images/Press/2018/01/Global-Pension-Asset-Study-2018-Japan.pdf

38 — Siehe www.blackrock.com/au/individual/about-blackrock.

39 — PwC (2017): *Asset Management 2020: Taking Stock*. Asset & Wealth Management Insights Special Edition June 2017. [www.pwc.com/gx/en/asset-management/asset-management-insights/assets/am-insights-june-2017.pdf], S. 3.

40 — IATF (2018): *Financing for Development: Progress and Prospects 2018*. Report of the Inter-agency Task Force on Financing for Development. Advance unedited version. New York. [<https://developmentfinance.un.org/iatf2018>], S. 65.

41 — Siehe z. B. Griffiths, Jesse (2018): *Financing for Development and the SDGs: An analysis of financial flows, systemic issues and interlinkages*. [<http://eurodad.org/files/pdf/1546896-financing-for-development-and-the-sdgs-an-analysis-of-financial-flows-systemic-issues-and-interlinkages--152395298.pdf>], S. 9.

42 — Ebd.

43 — BSDC (2017): *Ideas for a Long-Term and Sustainable Financial System*. [http://s3.amazonaws.com/aws-bsdc/BSDC_SustainableFinance-System.pdf].

Derzeit werden viele Instrumente als Quellen für zusätzliche Entwicklungsfinanzierung diskutiert: von der Verschmelzung öffentlicher Entwicklungsfinanzierung mit privaten Investitionen (sogenanntes *blending*) bis zu Versicherungssystemen (wie Klimarisikoversicherungen), öffentlich-privaten Partnerschaften (vor allem für Infrastrukturinvestitionen) und anderen weitgehend durch öffentliche Subventionen an Rentabilität gewinnende private Investitionen. Es werden darüber hinaus auch Instrumente vorgeschlagen, die rein privater Natur sind.

Bonds als Antwort?

Ein Instrument, das in der AAAA, aber auch von privaten und öffentlichen Akteuren in den Follow-up-Prozessen diskutiert wurde, sind Anleihen beziehungsweise Schuldverschreibungen (engl. *bonds*). Bonds werden für gewöhnlich zur Finanzierung aller Arten von Investitionen genutzt. Es handelt sich dabei um Schuldtitel, die von Banken oder Unternehmen mit Hilfe eines Emittenten (normalerweise eine andere Bank) ausgegeben werden. Diese können dann gehandelt werden (was nicht immer der Falls ist). Sie unterscheiden sich von Aktien, da sie kein (Teil-)Eigentum begründen, sondern einen Anspruch auf Zinsen (zu festgesetzten Raten oder an einen Index gebunden) sowie Tilgung. Das Ausfallrisiko einer Anleihe wird meist durch die Kreditwürdigkeit des Emittenten oder dessen Bonität bestimmt. Je besser die Bonität, desto kleiner das Risiko, desto kleiner die Rendite. Für gewöhnlich wissen die Investoren dabei nicht, wofür das durch die Anleihe beschaffte Geld verwendet wird.

Zwei jüngere Neuheiten auf den Bond-Märkten unterscheiden sich vor allem in diesem letzten Punkt von traditionellen Anleihen: (A) Sogenannte Green Bonds werden für die Finanzierung von Klima- und Umweltschutz-Maßnahmen ausgegeben. (B) SDG Bonds haben zum Ziel, Projekte zu verschiedenen SDGs zu finanzieren. Diese Art der Anleihen sind unter anderem deshalb interessant, weil sie – die Kreditwürdigkeit des Emittenten vorausgesetzt – als Vermittler zwischen institutionellen Investoren und Investorinnen und Projekten mit

21.400 Milliarden US\$
Gesamtausschüttung Anleihemarkt

155,5 Milliarden US\$
Ausschüttung von Green Bonds

Anteil von Green Bonds am Anleihemarkt 2017

Quellen: Climate Bonds Initiative (2018): *Green Bond Highlights 2017*. www.climatebonds.net/files/reports/cbi-green-bonds-highlights-2017.pdf; Zahlen für 2016; Securities Industry and Financial Markets Association (2017): *2017 Fact Book*. New York, S.4. www.sifma.org/wp-content/uploads/2016/10/US-Fact-Book-2017-SIFMA.pdf

Finanzierungsbedarf fungieren könnten. Wenn ein Bond von einer öffentlichen Bank (wie der Weltbank) oder einer großen Privatbank ausgegeben wird, ist deren Kreditwürdigkeit (ebenso wie die Sicherheit für den/die Investoren und Investorinnen) meistens wesentlich größer als die eines kommerziellen Emittenten. Er ist durch öffentliche Mittel oder die schiere Größe der ausgebenden Institution abgesichert. Dies ermöglicht günstigere Zinskonditionen als eine direkte Kreditaufnahme.

Die Umwelt mit Green Bonds retten?

Die ersten Green Bonds wurden schon im Jahr 2007 von der Europäischen Investitionsbank ausgegeben, um die Klimaziele der Europäischen Union (EU) zu finanzieren. In den folgenden Jahren gaben vor allem Entwicklungsbanken wie die Weltbank oder die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Green Bonds aus. Sie haben seither mehr als 380 Milliarden US-Dollar (bis Ende 2017) generiert.⁴⁴ Wie gering dieses Volumen im Vergleich zum gesamten Finanzierungsbedarf auch sein mag (sie machen weniger als zwei Prozent aller Bonds-Emissionen aus), die Bonds stellen doch eine potenzielle Ergänzung zu privaten und öffentlichen Investitionen dar. Spätestens seit 2014 sind immer mehr private Emittenten dazugekommen, Green Bonds wurden von Firmen wie Toyota, Unilever, Apple oder Starbucks ausgegeben, um

44 — SEB Group (2017): *The Green Bond 4Q 2017 (2)*. Stockholm. [https://sebgroupp.com/siteassets/large_corporates_and_institutions/our_services/markets/fixd_income/green_bonds/seb_the_green_bond_december_2017.pdf].

Kapital für neue Investitionen in potentiell nachhaltigere Unternehmenspraktiken zu beschaffen.⁴⁵

Green Bonds funktionieren im Allgemeinen genauso wie andere Bonds. Der zentrale Unterschied ist, dass Emittenten sich verpflichten, die Erlöse für eigene umwelt- und klimafreundliche Investitionen zu verwenden. Dies ist formal eine klare Zweckbestimmung für Umwelt- und Klimaschutz. Bisher bringt die Ausgabe von Green Bonds keinen ökonomischen Vorteil. Denn während die Nachfrage nach ihnen hoch ist, blieben die Zinsen auf dem üblichen Marktniveau. Für Emittenten scheinen Faktoren wie ein Reputationsgewinn beziehungsweise sichere Anlagen wichtiger zu sein. Dennoch oder gerade dadurch könnten Green Bonds Investoren und Investorinnen anlocken, die entschlossen sind, in ökologische Projekte zu investieren, sich aber bisher von Anleihen fern gehalten haben.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bietet einige Fallstudien über grüne Anleihen, die verschiedene Anwendungen, inklusive potenzieller Probleme, aufzeigen.⁴⁶ Die Beispiele reichen von regionalen Regierungsstellen, die Anleihen zur Finanzierung nachhaltiger eigener Projekte (mit der Unterstützung von Emittenten) ausgaben, über Entwicklungsbanken, die Geld für die Finanzierung der Projekte Dritter beschaffen, bis zu privaten Unternehmen, die Bonds für die Finanzierung ihrer Unternehmensaktivitäten beispielsweise im Bereich erneuerbarer Energien emittierten. (Beispiele für Green Bonds finden sich in der Box auf Seite 17).

Freiwillige Selbstregulierung für Green Bonds

Green Bonds bieten eine Möglichkeit für Anleger und Anlegerinnen, die eher in nachhaltige als in traditionelle Projekte investieren wollen. Dennoch gibt es bislang keine klaren Regulierungen oder Definitionen, was einen

Green Bond ausmacht. Freiwillige internationale Standards haben zum Ziel, Markttransparenz zu schaffen und das Vertrauen in den Markt der Green Bonds zu erhöhen. Der wichtigste Standard sind die Green Bond Principles (GBPs), entwickelt und unterstützt von der International Capital Market Association (ICMA). Die GBPs empfehlen Kriterien für die Ausgestaltung von Green Bonds.⁴⁷ Sie enthalten Regeln, wofür Erlöse verwendet und wie Projekte ausgewählt werden, wie das beschaffte Kapital gesteuert und wie über seine Verwendung berichtet wird. Ebenso wie eine externe Zertifizierung (oder eine zweite Meinung) von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen wie Sustainalytics oder Oekom.

Die Liste der potenziellen Projekte, die in den GBPs genannt wird, soll beispielhaft sein und die häufigsten Projektarten erfassen, die mit Green Bonds (voraussichtlich) unterstützt werden. Dazu gehören unter anderem erneuerbare Energie, die Vermeidung von Verschmutzung, Erhaltung der Biodiversität an Land und zu Wasser, nachhaltiges Wasser- und Abwasser-Management, die Anpassung an den Klimawandel sowie an eine Kreislaufwirtschaft angepasste Produkte.⁴⁸

Während die GBPs für Investoren und Investorinnen und Emittenten einen wichtigen Rahmen vorgeben, bleiben sie dennoch vage und vor allem freiwillig. Um zu gewährleisten, dass Investitionen tatsächlich „grün“ sind, verlangen Emittenten immer häufiger externe Gutachten. Es gibt jedoch keine Standards für diese Gutachten. Trotzdem ermöglicht die Zweckbindung der Mittel wenigstens einen besseren und tieferen Einblick, in welche Projekte die Erlöse aus den Bonds investiert werden. Die Investoren und Investorinnen müssen dann definieren, ob dies ihrer Auffassung darüber entspricht, was eine „grüne“ Investition ist.

Trotz all dieser Schwächen ist der Markt für Green Bonds in absoluten Zahlen gewachsen. Im Jahr 2017 lag das weltweite Volumen der Emissionen bei etwa 155,5 Milliarden US-Dollar⁴⁹, mehr als drei Mal so viel wie im

45 — Schneeweiß, Antje (2016): Green Bonds – Black Box mit grünem Etikett? Grüne Anleihen – neuer Weg zur Finanzierung von Umweltschutz und Entwicklung? Bonn, S. 9. [<https://suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2016/2016-17%20Green%20Bonds%20-%20Black%20Box%20mit%20gruenem%20Etikett.pdf>]

46 — Siehe www.undp.org/content/sdfinance/en/home/solutions/green-bonds/. Diese Seite gibt auch eine technische Beschreibung von unterschiedlichen Arten der Grünen Bonds und analysiert Risiken und Chancen.

47 — ICMA (2017): The Green Bond Principles 2017. Paris. [www.icmagroup.org/assets/documents/Regulatory/Green-Bonds/GreenBondsBrochure-JUNE2017.pdf]

48 — Ebd., S. 3.

49 — Climate Bonds Initiative (2018): Green Bond Highlights 2017. www.climatebonds.net/files/reports/cbi-green-bonds-highlights-2017.pdf

Beispiele für Green Bonds und ihre Nutzung

Die Französische Regionalregierung der **Île de France** beschaffte 950 Millionen Euro mit zwei Anleihen (eine in 2012, eine in 2014) und finanzierte damit eine bunte Mischung an Investitionen. Sie nennen sie Green & Sustainability Bonds. Erlöse aus den Anleihen werden für eine ganze Reihe von Investitionen verwendet, darunter der Bau und die Renovierung von Schulgebäuden und öffentlichem Verkehr, Projekte für erneuerbare Energien, der Kauf von Flächen und die Schaffung von „ökologischen Korridoren“.⁵⁰ Die Klimabonds-Initiative sieht dennoch Verbesserungsmöglichkeiten, zum Beispiel im Bereich der Gebäudeeffizienz.⁵¹

Die Stadt **Johannesburg** gab Afrikas ersten städtischen Green Bond im Jahr 2014 in Höhe von 1,46 Milliarden Rand aus. Die Erlöse der Anleihe werden zur Finanzierung von Projekten zur Emissionsreduzierung verwendet, darunter auch die Entwicklung von Biogas- und Solarenergie sowie von nachhaltigem Transport. Als Co-Konsortialführer für diesen Green Bond agierte die Standard Bank Group.⁵²

Die **Weltbank** verwaltet ein großes Portfolio von mehr als 100 Green Bonds, zumeist in Mitteleinkommensländern. Die Gruppe hat mehr als 10 Milliarden US-Dollar emittiert, für die bis Mitte 2017 91 Projekte förderfähig waren. Die Weltbank berichtet von der Wirkung dieser Projekte in Jahresberichten, die das Erreichte nach bestimmten Indikatoren wie die Einsparung an oder Erzeugung von Energie bewerten.⁵³

Engie (vormals GDF Suez), ein französischer Energiedienstleister, ist einer der weltgrößten unternehmerischen Emittenten von Green Bonds. Bis zum Jahr 2017 beliefen sich alle von Engie emittierten Bonds auf mehr als 5 Milliarden US-Dollar. „Die Erlöse dieser Anleihe“, schreibt Engie, „werden zur Finanzierung des Wachstums der Gruppe in Projekten für erneuerbare Energie oder Energieeffizienz verwendet. Zusätzlich werden sie in Projekten zur Erhaltung natürlicher Ressourcen verwendet sowie als Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in diesen Bereichen und zur Kapitalbeteiligung in Projekten des Engie-Sozialfonds ‚Rassembleurs d’Energies‘.“⁵⁴ Dieses Beispiel zeigt eine der „größten Kontroversen auf dem Markt der Green Bonds.“⁵⁵ Ein älterer 2,5 Milliarden Euro Bond von Engie aus dem Jahr 2014 bildete damals die größte Unternehmensanleihe. Unter den Projekten, die darüber finanziert wurden, war der Jirau Staudamm in Brasilien. Ryan Brightwell von der Organisation BankTrack kommentierte dazu: „Dieses massive, schon abgeschlossene Wasserkraftprojekt hat zusammen mit einem weiteren Staudamm in demselben Fluss dazu beigetragen, 362 Quadratkilometer Regenwald zu überfluten und wird mit Arbeitsrechtsverstößen, nachteiligen Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften und der Zerstörung von Siedlungen in Verbindung gebracht. Nachdem die betroffenen Gemeinschaften, unterstützt von Kampagnen unter anderem durch International Rivers, Amazon Watch und Survival International, jahrelang starken Widerstand gegen den Damm geleistet haben, rieb Engie Salz in die Wunde, indem es Erlöse aus Green Bonds in dieses Projekt fließen ließ.“⁵⁶

Jahr 2015 – und übertrifft damit schon die weltweite ODA.⁵⁷ Analysten und Analytinnen gehen davon aus,

dass sich dieser Trend fortsetzen wird, sobald mehr große Anleger in den Markt eintreten.

⁵⁰ – Mehr zu diesen Korridoren unter www.sicirec.org/definitions/corridors.

⁵¹ – Siehe www.climatebonds.net/2014/05/%C3%AElle-de-france-issues-eur600m-830m-12yr-aa-green-muni-they-had-so-many-orders-one-hour, hier auch mehr Informationen zur Anleihe.

⁵² – Mehr unter https://kurzlink.de/joburg_green_bond.

⁵³ – Siehe World Bank (2017): Green Bond Impact Report 2017. Washington, D.C. [<http://treasury.worldbank.org/cmd/pdf/WorldBankGreenBondImpactReport.pdf>]

⁵⁴ – Siehe www.engie.com/en/journalists/press-releases/engie-bonds-of-which-green-bond/.

⁵⁵ – Siehe Brightwell, Ryan (2016): How green are green bonds? London: UNA-UK. [www.climate2020.org.uk/green-green-bonds/]

⁵⁶ – Ebd.

⁵⁷ – SEB Group (2017).



Im März 2017 ebnete die Weltbank den Weg für Investorinnen und Investoren, sich mit SDG Bonds direkt an der Erfüllung der SDGs zu beteiligen. Ihre Quote ist an die Performance der im Solactive Sustainable Development Goals World Index gelisteten Unternehmen gekoppelt.

SDG-Bonds

Im März 2017 öffnete die Weltbank mit den SDG Bonds eine weitere Möglichkeit für Investoren und Investorinnen, direkt an der Erfüllung der SDGs teilzunehmen. Die Rendite dieser indexgebundenen Anleihe ist nicht fix, sondern ist an die Leistung der Unternehmen gebunden, die im Solactive Sustainable Development Goals World Index geführt werden.⁵⁸ Ihr Wert ist nicht durch die Kreditwürdigkeit des Emittenten definiert, sondern durch den Aktienpreis bestimmter Firmen. Der Index führt 50 Unternehmen, die „mindestens ein Fünftel ihrer Aktivitäten auf nachhaltige Produkte verwenden oder in ihrer Branche in sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit führend sind“.⁵⁹ Die Anleihen werden durch die französische Bank BNP Paribas arrangiert und sollen die Finanzierung von

SDG-Projekten unterstützen. Die Bonds haben bislang 163 Millionen Euro von institutionellen Investoren und Investorinnen in Europa eingesammelt.

Mittlerweile gibt es auch private Emittenten von SDG-Anleihen. Im November 2017 gab die britische Bank HSBC Anleihen im Wert von einer Milliarde US-Dollar aus, „mit denen Projekte unterstützt werden sollen, die breite soziale, wirtschaftliche und ökologische Vorteile im Einklang mit sieben ausgewählten Zielen bieten.“⁶⁰ Die Bonds laufen bis 2023. Laut HSBC waren sie zum Ausgabezeitpunkt dreifach überzeichnet.

Wofür die Erlöse der SDG Bonds von HSBC verwendet werden dürfen, ist in deren Rahmenwerk für SDG Bonds festgelegt.⁶¹ Dieses steht „im Einklang mit den 2017 Green Bond Principles, den 2017 Social Bonds Principles und den Sustainability Bond Guidelines“ und wurde von

58 — www.solactive.com/de/?s=development&index=DE000SLA2M49

59 — <http://treasury.worldbank.org/cmd/htm/World-Bank-Launches-Financial-Instrument-to-Expand-Funding-for-Sustainable-Development.html>

60 — www.hsbc.com/news-and-insight/media-resources/media-releases/2017/hsbc-issues-worlds-first-corporate-sustainable-development HSBC (2017).

61 — Genannt HSBC Sustainable Development Goal (SDG) Bond Framework. Vgl. HSBC (2017).

ICMA (siehe oben) entwickelt.⁶² HSBC hat außerdem ein Bewertungssystem dafür erarbeitet, welche Art von Projekten oder Geschäften für die Kreditvergabe aus den Erlösen der SDG Bonds geeignet ist. Unter anderem sind dies Projekte zur Gesundheitsversorgung, Bildung, für den Zugang zu sicherem und bezahlbarem Trinkwasser, für erneuerbare Energien, nachhaltige Infrastruktur, bezahlbares Wohnen und zur Reduzierung der Anfälligkeit für die Folgen des Klimawandels.⁶³ Das Rahmenwerk schließt auch bestimmte Branchen aus, darunter Atomenergiegewinnung, Waffen- und Alkoholproduktion, Glücksspiel/Pornographie und Palmöl. Außerdem enthält es Regeln für Berichte über die Zuweisung und die Wirkung der Investitionen, zum Beispiel die Anzahl von gebauten oder modernisierten Krankenhäusern.⁶⁴

Probleme bei der privaten Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Derzeit ist es mehr oder weniger unmöglich, die Effektivität, Effizienz und Relevanz von Green Bonds insgesamt zu bewerten. Nützliche Übersichten gibt es nur für einzelne Emittenten, während die Anzahl und Diversität der Bonds immer größer wird. Für SDG Bonds ist das noch schwieriger, da die ersten im Jahr 2017 aufgelegt wurden. Vermutlich werden Berichte über ihre Wirkungen erst im Jahr 2019 veröffentlicht. Dennoch kann man etwas über die Richtung aussagen, die die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung unter anderem durch Bonds einschlägt.

Obwohl die genannten „innovativen“ Instrumente relativ jung und in ihrem Volumen eher gering sind, spielen sie im politischen Kontext eine wahrnehmbare Rolle. Denn grundsätzlich gilt: Wenn die SDGs oder die Ergebnisse des Pariser Klimaabkommens eine Chance auf Verwirklichung haben sollen, hängt das auch davon ab, dass Unternehmen ihr Verhalten ändern – und zwar schnell. Wichtig ist aber, dabei immer wieder zu betonen: Es genügt nicht, weitgehend unnachhaltige Unternehmenspraktiken mit einigen zusätzlichen umweltfreundlichen Initiativen zu garnieren – das ist bestenfalls die Kirsche

auf der Sahnetorte. Die beste erneuerbare Energiequelle wird die Stromerzeugung aus Kohle nicht ausgleichen, so lange sie nur zusätzlich installiert wird.

Nachhaltige Unternehmenspraktiken entstehen nicht durch Diversifizierung, sondern durch das konsequente Beenden unnachhaltiger Praktiken. In dieser Hinsicht dürfen grüne oder andere Anleihen nicht nur ein zusätzliches Spielfeld für Unternehmen sein. Sollten Green beziehungsweise SDG Bonds dabei überhaupt unterstützen können, wäre das zu begrüßen. Ein erster, aber kleiner Schritt in diese Richtung sind die Prinzipien für ihre Ausgabe und Nutzung. Das ist aber bei weitem nicht ausreichend. Das deutsche Südwind Institut, dem Experten und Expertinnen im Feld der nachhaltigen Finanzierung angehören, benennt mindestens vier Probleme mit grünen Anleihen, die es zu lösen gilt, sollten die Anleihen jemals ihr Potenzial ausschöpfen:⁶⁵

Das erste Problem ist die Transparenz. Grüne Anleihen sind ein erster nützlicher Schritt zu größerer Transparenz auf dem Anleihemarkt im Allgemeinen. Sie weisen ihre Erlöse realen Projekten zu. Besser wäre eine externe Aufsicht über die tatsächliche Verwendung von Mitteln während der gesamten Laufzeit und die volle Transparenz der finanzierten Projekte. Hier gibt es Verbesserungsmöglichkeiten.

Ein weiterer Aspekt ist die Verwendung der Erlöse. Die in den GBPs aufgeführten Kategorien sind immer noch zu unbestimmt. Das Südwind Institut befürchtet zum Beispiel, dass die Finanzierung von erneuerbaren Energien auch große Wasserkraft-Staudämme mit fragwürdigen Auswirkungen auf Gesellschaft und Nachhaltigkeit umfassen könnte.

Auch sollte die Frage, wer Anleihen ausgibt, nicht vernachlässigt werden. Einige grüne Anleihen werden von eher unnachhaltigen Konzernen wie Electricité de France emittiert, der mehrere Atomkraftwerke betreibt, oder von der Agricultural Bank of China, einem der größten Kohle-Investoren. Selbst wenn alle Erlöse aus Green Bonds in echte erneuerbare Energien fließen sollten, so sollten Investoren und Investorinnen sichergehen, dass sie keine Akteure unterstützen, die durch solche Anleihen lediglich mehr Manövrierefähigkeit erlangen.

62 – Mehr unter www.icmagroup.org/green-social-and-sustainability-bonds/social-bond-principles-sbp/ und www.icmagroup.org/green-social-and-sustainability-bonds/sustainability-bond-guidelines-sbg/.

63 – Vgl. HSBC (2017).

64 – Mehr unter www.facing-finance.org/de/publications/dirty-profits/dirty-profits-5/

65 – Siehe Schneeweiß (2016), S. 21ff.

Regulierung ist dringend nötig

Die gleichen Argumente gelten auch für SDG Bonds. Würde die Kritik ernst genommen, müssten öffentliche Regeln dafür entstehen, was einen Green oder SDG Bond ausmacht, welche Kriterien angewendet werden sollen und wie öffentliche Aufsicht gewährleistet werden kann. WWF (World Wildlife Fund for Nature) Frankreich argumentiert ähnlich und erhebt sieben Forderungen gegenüber den Standards für Green Bonds, die als Basis für international anerkannte und öffentlich überwachte Regeln dienen können:

1. „Standards für grüne Bonds sollten alle kritischen Umweltherausforderungen umfassen und angehen.
2. Sie sollten sich darauf konzentrieren, verifizierbare ‚tatsächliche‘ statt ‚versprochene‘ oder ‚zugesicherte‘ Umweltvorteile zu erreichen.
3. Sie sollten wissenschaftsbasiert, langfristig orientiert und resilient sein.
4. Sie sollten einen sektorspezifischen Ansatz anwenden, um zu definieren, was ‚grün‘ ist.
5. Die Beweislast liegt beim Emittenten: In Sektoren, in denen noch keine Zertifizierungssysteme vorhanden sind, ist eine standardisierte Offenlegung nötig, um tatsächliche Umweltvorteile nachzuweisen.
6. Standards für grüne Bonds sollten eine unabhängige Gewährleistung und Akkreditierung durch unabhängige Dritte als essentielles Element zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit beinhalten.
7. Bestehende ökologische Standards könnten schnell verfügbare Vorlagen bieten und damit zur Schließung bestehender Lücken beitragen.“⁶⁶

All dies stellt absolute Minimalforderungen dar. Bei der Verwirklichung der SDGs geht es nicht nur um Umweltprobleme. Es geht darüber hinaus um zentrale Menschenrechtsfragen wie die Rechte auf Wasser oder Nahrung. Tatsächlich könnte ein menschenrechtsbasierter Ansatz zur Formulierung von Regeln und Regulierungen für Green beziehungsweise SDG Bonds viel Aufschluss über die Komplexität der gesellschaftlichen

Herausforderungen geben.⁶⁷ Diskutiert werden muss auch ganz grundlegend, ob private Emittenten überhaupt eine öffentliche ‚Marke‘ wie die SDGs verwenden dürfen. Obgleich die Kriterien im Rahmenwerk für SDG Bonds von HSBC zum Beispiel sehr detailliert erscheinen und in ihrer Definition von Ausschlusskriterien oder -sektoren verhältnismäßig streng sind, bleibt abzuwarten, welche Projekte letztendlich finanziert werden. Erst dann können kritische Investorinnen und Investoren sicher sein, dass sie durch den Kauf von SDG-Anleihen tatsächlich die SDGs im Ganzen fördern.

Auch hier ist die Frage nach dem Emittenten von Bedeutung. Obwohl HSBC vielleicht sogar Lob für ihre SDG-Anleihen verdient hätte, hat die Firma in der Vergangenheit nicht immer ein vorbildliches Geschäftsgebaren gezeigt. Das International Consortium of Investigative Journalists beschuldigt die Bank beispielsweise, sie habe davon profitierte, mit korrupten Politikerinnen und Politikern, Diktatoren und Diktatorinnen Steuerhinterziehenden, Händlerinnen und Händlern von Blutdiamanten und Waffen und anderer Kundschaft Geschäfte zu machen.⁶⁸ Investoren und Investorinnen werden das beim Kauf von SDG Bonds von HSBC kaum ignorieren können. Ebenso wenig sollte das eine Organisation wie die UN tun, wenn sie Konzernen erlaubt, ihren Namen oder ihr Produkt zur Förderung ihrer Konzernziele zu nutzen.

Sind Anleihen wirklich die Lösung?

Es gibt Stimmen, die die Sinnhaftigkeit des Bonds-Ansatzes generell in Frage stellen Chee Yoke Ling, Programmdirektorin beim Third World Network: „Die versprochenen Renditen einiger dieser vorgeschlagenen ‚innovativen‘ Finanzierungsmechanismen machen einfach keinen Sinn. Anstatt vernünftige Wege zu finden, wie dringend benötigte langfristige Finanzierungsinstrumente genutzt werden können, erinnert mich die vorgeschlagene Bündelung von risikobehafteten Krediten in AAA-Paketen, die an Pensionsfonds verkauft werden

⁶⁶ – WWF France (2016): Green bonds must keep the green promise! Paris. [www.wwf.org.uk/updates/green-bonds-must-keep-green-promise].

⁶⁷ – Siehe zum Beispiel The Danish Institute for Human Rights (2018): Human Rights and the 2030 Agenda for Sustainable Development – Lessons Learned and Next Steps. Copenhagen. www.humanrights.dk/sites/humanrights.dk/files/media/dokumenter/udgivelser/sdg/hr_and_2030_agenda-web_2018.pdf

⁶⁸ – www.icij.org/project/swiss-leaks

sollen, vielmehr an Praktiken, die uns nachweislich in die letzte globale Finanzkrise geführt haben.“⁶⁹

Hinzu kommt, dass Anleihen eine spezielle Form der Verschuldung darstellen. Während auf den ersten Blick der Emittent und seine Kreditwürdigkeit die Rendite bestimmen, werden die Erlöse nur in den seltensten Fällen unter Marktwert verschenkt. So dürften die Projekte, in die sie investieren, vermutlich eher zu einer steigenden Verschuldung beitragen, besonders in Ländern des globalen Südens.

Darüber hinaus ist nachhaltiges oder „grünes“ Investment gar nicht so leicht zu gewährleisten und kann niemals isoliert betrachtet werden. Dies zeigt sich nicht zuletzt am ganzheitlichen Charakter der Agenda 2030, die voller Verflechtungen und Querverbindungen – aber auch Widersprüche – ist. Während eine Investition in Infrastruktur zum Beispiel wirtschaftlich vernünftig sein kann, könnte dies ökologische und sogar soziale Risiken bergen (beispielsweise können Straßen CO₂-Emissionen erhöhen und entstehende Luftverschmutzung könnte vor allem ärmeren Bevölkerungsteilen schaden beziehungsweise damit in Verbindung stehende Umsiedlungen zu Menschenrechtsverletzungen führen). Die Größe der Aufgabe, ein wirklich umfassendes Set an Kategorien für nachhaltiges Investment auszuarbeiten, zeigt sich in den Kriterien, die Brot für die Welt und das Südwind Institut für den FairWorldFonds entworfen haben, einen Investitionsfonds, der nachhaltige Entwicklung unterstützen will.⁷⁰

Nachhaltigkeit wird vor allem nicht einfach durch mehr Wachstum erreicht. Doch gerade das scheint das zu Grunde liegende Prinzip der verschiedenen Bond-Initiativen zu sein. Nur wenn die Menschheit als Ganzes die planetarischen Grenzen respektiert, haben die Initiativen einen positiven Beitrag geleistet. Dafür muss nicht nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht nur durch eine Reihe nachhaltiger Investitionen ergänzt, sondern ersetzt werden.

Und schließlich ist es dringend notwendig, mögliche Kompromisse und unbeabsichtigte Folgen der Verlagerung auf „innovative“ Finanzierungsinstrumente zu analysieren, von denen Green bzw. SDG Bonds nur ein Teil sind. Das betrifft das Problem der steigenden Verschuldung ebenso wie die möglichen Auswirkungen, die dieser

Ansatz auf Unternehmenskonzentration und Ungleichheiten von Vermögen und Einkommen hat. Ein marktbasierter Ansatz für Entwicklungsfinanzierung beruht auf einem hohen Grad an finanzieller Konzentration und könnte sogar dazu beitragen, diese weiter zu verstärken. Darüber hinaus befördert dieser Ansatz einen Trend zur Finanzialisierung, der zumindest als ein Element in allgemeinen Finanz- und Investitionsstrategien betrachtet werden muss, wenn Vor- und Nachteile von Anleihen abgewogen werden.

Auch wenn Investitionen in nachhaltige Sektoren und Aktivitäten ebenso wie steuerliche Anreize zur Förderung von Nachhaltigkeit und den SDGs Schritte in die richtige Richtung zu sein scheinen, so sollte dies nicht von der Tatsache ablenken, dass gleichzeitig die Anreize für Investitionen in nicht nachhaltige Produktionsmuster abgeschafft werden müssen. Dazu gehört der schnellstmögliche Abbau umweltschädlicher Subventionen. Dadurch eingespartes Geld sollte dazu genutzt werden, Gesellschaften und Volkswirtschaften auf nachhaltige Pfade zu führen und nicht bestehende, schädliche Muster beizubehalten. Gleichzeitig zeigt dies, dass nachhaltige Entwicklung in vielen Fällen kein Geld kostet, sondern eher welches spart.

69 – www.2030spotlight.org/en/publication/we-dont-need-trillions-achieve-sdgs

70 – Siehe www.fairworldfonds.de.

Fallstudie 2, Tabakindustrie: Wahrhaftiger Wandel oder Verschleierung alter Strategien mithilfe der SDGs?

von Laura Graen

Viele verschiedene Geschäfts- und Industriesektoren spielen für die Umsetzung der SDGs eine große Rolle. Besonders interessant ist dabei der Konsumgütersektor. Zum einen spiegeln sich Strategien für nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster in der Agenda 2030 durch ein eigenes, spezifisches Ziel mit Unterzielen (SDG 12) wider. Zum anderen ist die Veränderung von Konsummustern eines der Hauptthemen, auf die sich Regierungen konzentrieren, wenn es um die Verwirklichung der SDGs geht. Dies liegt am globalen und transnationalen Geschäftscharakter, an der engen Beziehung zur Gesellschaft, am Potenzial für große Kontroversen insbesondere bei der Regulierung bestimmter Produkte und an der potenziell großen positiven Wirkung, die eine Veränderung haben könnte.

Nicht nur politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, sondern auch Unternehmen haben die Bedeutung der SDGs erkannt. Durch Klimawandel, Armut oder Arbeitsbedingungen sind die Ziele für den gesamten Konsumgütersektor relevant geworden, und viele Firmen lassen sich mit Projekten oder durch die Anpassung ihrer Geschäftsstrategien darauf ein. Die SDG Industry Matrix, die vom UN Global Compact (UNGC) zusammen mit dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG⁷¹ im Jahr 2016 veröffentlicht wurde, zeigt Fallbeispiele, die von Wohltätigkeitsprojekten über verstärkte Verbrauchereinbindung und Arbeitsplatzverbesserungen bis zu technologischen Innovationen und angepassten Marketingstrategien reichen. Zahlreiche Beispiele sind darin genannt. Cargill beispielsweise verkauft Speiseölsorten mit Vitaminzusatz, die bei der Bekämpfung von Unterernährung in Indien helfen sollen (SDG 2); Colgate-Palmolive stellt seine Produkte in weniger entwickelten Gegenden und zu niedrigeren Preisen für arme Bevölkerungsteile zur Verfügung (SDG 10); Coca-Cola investiert in Wasserprojekte (SDG 6); außerdem organisieren mehrere Unternehmen Schulprojekte (SDG 4).⁷²

Alle diese Unternehmensaktivitäten werfen jedoch die Frage auf, wo gewünschte Beteiligung endet und wo Marketingbemühungen oder Strategien zur Vermeidung von staatlicher Regulierung anfangen.

Alkohol und Tabak sind die einzigen Konsumgüter, die in den SDGs explizit genannt werden. Das liegt hauptsächlich an ihren Kosten für die öffentliche Gesundheit. Interessanterweise gehören Tabakkonzerne zu den frühzeitigen Anwendern der SDG-Rhetorik. Dieses Kapitel zeigt auf, wie die Tabakindustrie die SDGs als Teil einer breit angelegten Strategie zur Verhinderung von Regulierung nutzt. So dienen Tabakkonzerne als abschreckendes Beispiel, das die Grenzen unternehmerischen Engagements für die SDGs demonstriert und zeigt, dass Regierungen, internationale Institutionen und die Zivilgesellschaft den SDG-Prozess vor unrechtmäßiger Einflussnahme durch Konzerne schützen müssen.

Tabak – eine Bürde für nachhaltige Entwicklung

Die Regulierung der Tabakindustrie ist Teil der Agenda 2030 und explizit in SDG 3 genannt. Aus gutem Grund, wenn man bedenkt, dass mehr als sieben Millionen Menschen jedes Jahr infolge suchterzeugender Tabakprodukte sterben.⁷³ Tabakbedingte Erkrankungen sind die häufigste vermeidbare Todesursache durch nicht übertragbare Krankheiten (NCDs). Die Reduktion der globalen Tabakprävalenz würde daher signifikant zu SDG 3.4 beitragen, das eine Reduzierung der frühzeitigen Todesfälle durch NCDs um ein Drittel vorsieht.

Die Rahmenkonvention der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC), deren Umsetzung in SDG 3.a gefordert wird, trat 2005 in Kraft. Bis heute haben 180 Länder und die Europäische Union (EU)⁷⁴, etwa 90 Prozent

71 — KPMG hat auch Verbindungen zur Tabakindustrie. Zum Beispiel half KPMG British American Tobacco (BAT), sich neu darzustellen als "verantwortungsbewusste Firma in einer kontroversen Industrie" und führte Studien zu illegalen Zigaretten durch, die von ihren Klienten – den Firmen BAT, Imperial Tobacco, Japan Tobacco International und Philip Morris International – dazu genutzt wurden, Tabakkontrollpolitik entgegen zu treten (<http://tobaccotactics.org/index.php?title=KPMG>).

72 — United Nations Global Compact und KPMG, SDG Industry Matrix: Food, Beverage and Consumer Goods, 2016, 19, 24f, 29, 34, [www.unglobalcompact.org/docs/issues_doc/development/SDGMatrix-ConsumerGoods.pdf](http://unglobalcompact.org/docs/issues_doc/development/SDGMatrix-ConsumerGoods.pdf).

73 — World Health Organization, WHO Report on the Global Tobacco Epidemic, 2017: Monitoring Tobacco Use and Prevention Policies (Geneva, Switzerland, 2017), 24, <http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/255874/1/9789241512824-eng.pdf?ua=1>.

74 — World Health Organization, "Parties to the WHO Framework Convention on Tobacco Control," WHO, 2018, www.who.int/fctc/cop/en/.

der weltweiten Bevölkerung umfassend, das Abkommen ratifiziert oder sind ihm beigetreten. Es enthält Maßnahmen wie die Besteuerung von Tabak, Schutz vor Passivrauch, Verpackungs- und Kennzeichnungsbestimmungen, Behandlung der Tabakabhängigkeit und ein Verbot von Tabakwerbung. Der Vertrag unterstützt auch alternative Einkommensmöglichkeiten für Tabakbäuerinnen und -bauern.

Interne Industriedokumente zeigen, dass Tabakkonzerne seit Jahrzehnten wussten, dass sie ein Produkt verkaufen, das bei bestimmungsgemäßem Gebrauch tötet, während sie die Regierungen und die Öffentlichkeit über die Sicherheit von Zigaretten beruhigten.⁷⁵ Im Gegensatz zu den Behauptungen der Unternehmen, Tabak nur an erwachsene Raucherinnen und Raucher⁷⁶ zu vermarkten, zielt die Industrie mit ihren Marketingkampagnen auf Kinder und Jugendliche als „Ersatzraucherinnen und -raucher“⁷⁷, denn Menschen, die bis zu einem Alter von 18 Jahren mit dem Rauchen noch nicht angefangen haben, werden dies wahrscheinlich auch nie tun.⁷⁸ Für Jahrzehnte haben Tabakkonzerne die Bemühungen von WHO und Regierungen überall auf der Welt zur Eindämmung des Tabakkonsums untergraben, indem sie manipulierte Wissenschaft, offenes und subversives Lobbying, Frontgruppen und CSR-Projekte sowie Drohungen und Klagen vor nationalen Gerichten oder Investor-Staatschiedsgerichten einsetzten.⁷⁹ Aus der Erfahrung, dass die Tabakindustrie große Anstrengungen unternimmt, um Regulierung zu verzögern oder zu schwächen, enthält die FCTC eine Bestimmung, die die Interaktion zwischen



Ein Verbot der Tabakwerbung ist eine der Maßnahmen des WHO FCTC, deren Umsetzung in SDG 3.a gefordert wird. Sie trat 2005 in Kraft, bis heute wurde sie von 180 Ländern und der Europäischen Union ratifiziert oder umgesetzt.

Industrieakteuren und öffentlichen Einrichtungen auf das absolut notwendige Mindestmaß zur Regulierung einschränkt und CSR-Projekte und Partnerschaften mit der Tabakindustrie verurteilt (Art. 5.3).⁸⁰

75 — K. M. Cummings, C. P. Morley, und A. Hyland, “Failed Promises of the Cigarette Industry and Its Effect on Consumer Misperceptions about the Health Risks of Smoking,” *Tobacco Control* 11, no. suppl 1 (1. März 2002): i110–17, https://doi.org/10.1136/tc.11.suppl_1.i110.

76 — Japan Tobacco International, Code of Conduct 2014. Revised April 2017, 2017, 33, www.jti.com/sites/default/files/Code_of_Conduct_May17_HR.pdf; Philip Morris International, Sustainability Report: Communication on Progress 2016, United Nations Global Compact (Lausanne, Switzerland, 2017), 70, www.pmi.com/resources/docs/default-source/pmi-sustainability/pmi_sustainability_report_2016.pdf; British American Tobacco, International Marketing Principles, 2015, 3, [http://bat.com/group/sites/uk_9d9kcy.nsf/vwPagesWebLive/DO9EAMHQ/\\$FILE/medMD9ZXJ29.pdf](http://bat.com/group/sites/uk_9d9kcy.nsf/vwPagesWebLive/DO9EAMHQ/$FILE/medMD9ZXJ29.pdf); Imperial Brands, “Our Code of Conduct,” 17. Februar 2016, 29, www.imperialbrandsplc.com/content/dam/imperial-brands/corporate/responsibility/code-of-conduct/160217_code_of_conduct_english.pdf.

77 — R.J. Reynolds Tobacco Company und Diane S. Burrows, “Strategic Research Report. Younger Adult Smokers: Strategies and Opportunities,” 29. Februar 1984, 2, 7, Appendix B, www.industrydocumentslibrary.ucsf.edu/tobacco/docs/ptpj0100.

78 — U.S. Department of Health and Human Services u. a., Preventing Tobacco Use Among Youth and Young Adults: A Report of the Surgeon General, 2012; ACTbr u. a., You’re the Target: New Global Marlboro Campaign Found to Target Teens, 2014, www.tobaccofreekids.org/yourethetarget (Stand: 15.5.2018).

79 — Committee of Experts on Tobacco Industry Documents, “Tobacco Company Strategies to Undermine Tobacco Control Activities at the World Health Organization. Report of the Committee of Experts on Tobacco Industry Documents,” 1. Juli 2000, www.who.int/tobacco/en/who_inquiry.pdf; Anna B. Gilmore u. a., “Exposing and Addressing Tobacco Industry Conduct in Low-Income and Middle-Income Countries,” *The Lancet* 385, no. 9972 (14. März 2015): 1029–43, [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(15\)60312-9](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(15)60312-9).

80 — World Health Organization, “Guidelines for Implementation of Article 5.3 of the WHO Framework Convention on Tobacco Control on the Protection of Public Health Policies with Respect to Tobacco Control from Commercial and Other Vested Interests of the Tobacco Industry,” 2008, www.who.int/fctc/guidelines/article_5_3.pdf?ua=1.



Ein kleiner Junge hilft seinen Eltern beim Tabakanbau in Dofu, einem Gebiet im Norden Malawis, das stark von Dürre und Hunger betroffen ist. Kinder arbeiten auf den Feldern von fast allen wichtigen Tabakanbauländern, darunter Brasilien, Indonesien, Malawi, Argentinien und die USA.

Mehr als ein Gesundheitsproblem

Tabakkontrolle ist für die Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung weit über das Gesundheitsziel (SDG 3) hinaus bedeutend: Weltweit ist es für sozial und wirtschaftlich benachteiligte Gruppen wahrscheinlicher mit dem Rauchen zu beginnen, was zu Abhängigkeit und Krankheiten führt, die sich wiederum auf das Einkommen auswirken und die Armut erhöhen können (SDG 1).⁸¹ Tabakabhängigkeit erhöht die Haushaltsausgaben und verringert die Ressourcen, die für Zwecke wie Essen (SDG 2) und Bildung (SDG 4) verfügbar sind. Schätzungen gehen davon aus, dass zusätzliche 15 Millionen Menschen allein in Indien unter die Armutsgrenze fallen würden, wenn

man die Auswirkungen von Tabakkonsum in der Familie miteinrechnet.⁸² In Niedrig- und Mitteleinkommensländern rauchen nur 8 Prozent der Frauen im Vergleich zu 49 Prozent der Männer. Dies kann Geschlechterungleichheit verschlimmern, wenn Haushaltseinnahmen für Tabak anstatt für Bedürfnisse von Frauen und Kindern verwendet werden (SDG 5). Passivrauchen am Arbeitsplatz verursacht jedes Jahr weltweit 430.000 Todesfälle, macht damit beinahe 20 Prozent der Todesfälle aufgrund von Berufskrankheiten und -unfällen aus und behindert die Erreichung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen (SDG 8).⁸³ Außerdem ist Tabakanbau von intensivem Chemikalieneinsatz geprägt. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fehlt es oft an angemessener Schutzkleidung.

⁸¹ — Michael Eriksen u. a., *The Tobacco Atlas*, 5th ed. (Atlanta, Georgia, USA: American Cancer Society, 2015), 24, http://3pk43x313ggr4cy0lh3tctjh.wpengine.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2015/03/TA5_2015_WEB.pdf.

⁸² — Rijo M. John u. a., "Counting 15 Million More Poor in India, Thanks to Tobacco," *Tobacco Control*, no. 20 (2011): 349–52.

⁸³ — Laura Graen, *Tabak | Menschenwürdige Arbeit: Wie Tabakkontrolle zur Erreichung des Entwicklungsziels 8 beiträgt* (Berlin, Deutschland: Unfairtobacco/BLUE 21, 2017), www.unfairtobacco.org/sdg-factso4.

Arbeitsunfälle wie Vergiftungen durch Agrochemikalien sind weit verbreitet (SDG 8, 3.9). Die Tabakpflanze selbst enthält das Nervengift Nikotin, das eine akute Vergiftung, bekannt als Grüne Tabakkrankheit (Green Tobacco Sickness, GTS) hervorruft, wenn es über die Haut aufgenommen wird. Unter anderem werden dadurch Schwindel, Übelkeit, Durchfall und Muskelschwäche ausgelöst. Schwere Fälle brauchen eine Notfallversorgung im Krankenhaus. In diesem Zusammenhang ist die weit verbreitete Kinderarbeit im Tabakanbau besonders alarmierend und stellt ein Hindernis für die Erreichung der SDGs 8.7 und 4 dar. Kinder arbeiten auf den Feldern in praktisch allen großen Tabakanbauländern, darunter in Brasilien, Indonesien, Malawi, Argentinien und in den USA.⁸⁴ Tabakanbau geht mit Armut, Ernährungsunsicherheit, Entwaldung und anderen Umweltschäden einher (SDGs 1, 2, 6, 12 und 15).⁸⁵

Tabakkonsum kostet die Welt jährlich mehr als 1,4 Billionen US-Dollar (1,8 Prozent des weltweiten BIP) für Pflegeausgaben und Produktivitätsverluste, eine enorme Verschwendung von Ressourcen angesichts der Finanzierungslücke, die für die Erreichung der SDGs gefüllt werden muss.⁸⁶ Gleichzeitig ist die Erhöhung der Tabaksteuern – eine der effektivsten Maßnahmen, um die Raucherquote zu senken – eine wichtige, doch meist ungenutzte inländische Ressource für Entwicklungsfinanzierung (SDG 17.1). Laut einer Studie von Goodchild und anderen würde eine weltweite durchschnittliche Tabaksteuererhöhung um 80 Prozent. Einnahmen in Höhe von 141 Milliarden US-Dollar jährlich erzielen, die Prävalenz

erheblich reduzieren und 15 Millionen Leben retten. Niedrig- und Mitteleinkommensländer würden am meisten davon profitieren, denn die öffentlichen Einnahmen aus Tabaksteuern würden dort zwischen 50 und 68 Prozent steigen.⁸⁷ In der Addis Ababa Action Agenda, der dritten Financing for Development Konferenz, wurden Tabaksteuern und die FCTC als wichtige Entwicklungsmaßnahmen anerkannt.⁸⁸

Außerdem haben mehrere Menschenrechtsorgane und -verträge die Bedeutung der Umsetzung der FCTC anerkannt, wie der UN-Menschenrechtsrat, der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (CRC) und der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW).⁸⁹ Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) wurden ebenfalls als unverzichtbar mit der Produktion und der Vermarktung von Tabak bewertet.⁹⁰

Engagement der Tabakindustrie zu SDGs

Der Tabakweltmarkt wird von vier transnationalen Zigarettenfirmen und dem chinesischen Staatsmonopol China National Tobacco Corporation (CNTC) kontrolliert. Letzteres hat einen Weltmarktanteil von mehr als 44 Prozent, verkauft aber nur in China. Zusammen haben sie einen Marktanteil von mehr als 80 Prozent.⁹¹ Über CNTC gibt es nur eingeschränkte Informationen, so dass sich diese Fallstudie auf die vier transnationalen

84 – Vgl. Graen (2017).

85 – Sonja von Eichborn und Marie-Luise Abshagen, Tabak: unsozial, unfair, umweltschädlich: Tabakproduktion und -konsum als Beispiel für die Vielschichtigkeit der Sustainable Development Goals (SDGs), Hg. Forum Umwelt und Entwicklung, Unfairtobacco, Brot für die Welt (Berlin, Deutschland, 2015), 12, 19, www.unfairtobacco.org/tabak-unsozial-unfair-umweltschaedlich/; World Health Organization, Tobacco and Its Environmental Impact: An Overview, 2017, <http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/255574/1/9789241512497-eng.pdf>.

86 – Mark Goodchild, Nigar Nargis, und Edouard Tursan d'Espaignet, "Global Economic Cost of Smoking-Attributable Diseases," *Tobacco Control* 27, no. 1 (1. Januar 2018): 58-64, <https://doi.org/10.1136/tobaccocontrol-2016-053305>.

87 – Mark Goodchild, Anne-Marie Perucic und Nigar Nargis, "Modelling the Impact of Raising Tobacco Taxes on Public Health and Finance," *Bulletin of the World Health Organization* 94, no. 4 (1. April 2016): 250-57, <https://doi.org/10.2471/BLT.15.164707>.

88 – United Nations, "Addis Ababa Action Agenda of the Third International Conference on Financing for Development (Addis Ababa Action Agenda)," 27. Juli 2015, 10, 23, www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/69/313.

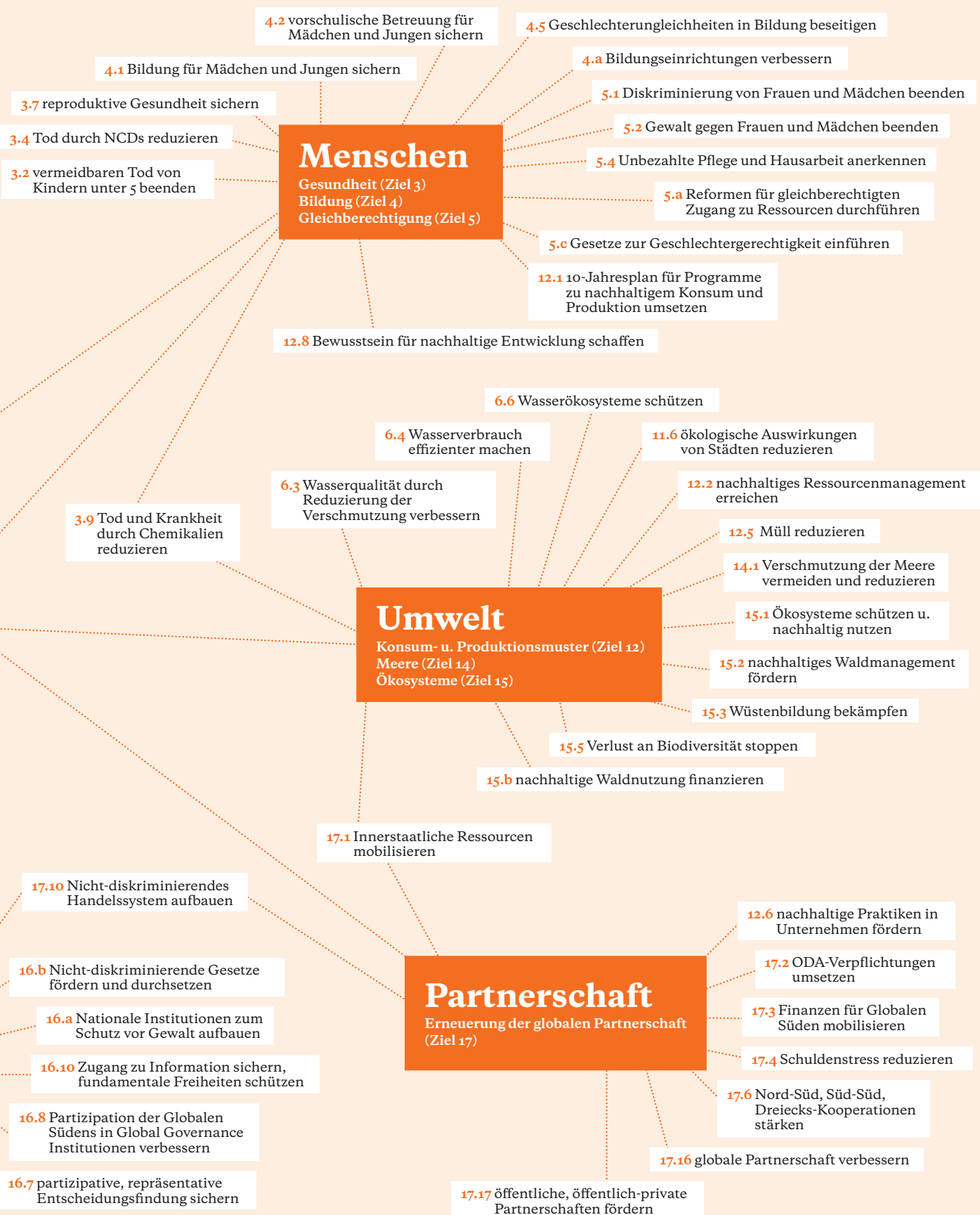
89 – Human Rights Council, "Resolution 6/29. Right of Everyone to the Enjoyment of the Highest Attainable Standard of Physical and Mental Health," 2007; UN Committee on the Rights of the Child (CRC), "General Comment No. 15 (2013) on the Right of the Child to the Enjoyment of the Highest Attainable Standard of Health (Art. 24)," 2013, www.refworld.org/docid/51ef9e134.html; UN Committee on the Elimination of Discrimination Against Women (CEDAW), "Concluding Observations of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women: Argentina," 16. August 2010, www.refworld.org/pdfid/52dd033e4.pdf.

90 – Danish Institute for Human Rights, "Press Release: Human Rights Assessment in Philip Morris International (Updated)," The Danish Institute for Human Rights, 11. Mai 2017, www.humanrights.dk/news/human-rights-assessment-philip-morris-international.

91 – Statista, "Global Cigarette Market Share by Company 2016," Statista, 2018, www.statista.com/statistics/279873/global-cigarette-market-share-by-group/.

Tabak ist in der Agenda 2030 nicht nur ein Gesundheitsfaktor, Tabakkonsum und -produktion hemmen außerdem nachhaltige Entwicklung.





Tabakunternehmen konzentriert, die den Großteil des Markts außerhalb Chinas kontrollieren. Das sind Philip Morris International (PMI, 14,6 Prozent Weltmarktanteil), British American Tobacco (BAT, 10,7 Prozent), Japan Tobacco International (JTI, 8,9 Prozent) und Imperial Brands (4,7 Prozent).⁹²

Rhetorisch unterstützen alle vier multinationalen Tabakfirmen die SDGs. Imperial Brands erwähnt sie in seinem Jahresbericht 2017 für Investoren und Investorinnen und kündigt eine Überprüfung des CSR-Programms in Bezug auf die SDGs an.⁹³ BAT's Konzernchef Nicandro Durante erkennt „eine klare Übereinstimmung zwischen den SDGs und unseren eigenen Nachhaltigkeitsprioritäten“. Und der Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens benennt mehrere Male konkrete SDGs wie keine Armut, Geschlechtergleichheit, sauberes Wasser, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum.⁹⁴ JTI, mit Hauptsitz in der Schweiz, nutzte die SDGs wiederum, um die WHO anzugreifen.⁹⁵ In einer Pressemitteilung begrüßt der Zigarettenkonzern PMI die Verabschiedung der SDGs „als zusätzliche Motivation für unseren Weg zur Transformation von PMI“, ohne zu erwähnen, dass Tabakkontrolle ein Teil der Ziele ist.⁹⁶ Im Jahresbericht 2017 widmet die Firma den SDGs eine volle Hochglanzseite und verweist an prominenter Stelle auf SDG 3 als den Bereich, zu

dem sie beiträgt. Auf der gleichen Seite bezieht sich PMI auch auf die SDGs 2, 8, 12 und 16.⁹⁷

Tabakunternehmen pflegen eine lange Tradition der CSR-Programme und haben begonnen, diese mit den SDGs zu verbinden. JTI unterstützt zum Beispiel durch die JTI-Stiftung Wasser- und Katastrophenhilfeprojekte in Bangladesch mit Verweis auf die SDGs.⁹⁸ Das Tochterunternehmen von BAT in Bangladesch finanziert Wasserfilter in ländlichen Kommunen und behauptet, dies sei mit dem SDG-Ziel der Regierung für sicheres Trinkwasser in Einklang.⁹⁹ Bei BAT ist dies nicht neu: früher verbanden die Tochterunternehmen in Nigeria und Brasilien ihre CSR-Projekte mit den jeweiligen staatlichen Bemühungen zur Erreichung der UN-Millenniumentwicklungsziele und nutzten dies zur Beeinflussung politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.¹⁰⁰ PMI verknüpft sein Programm für gute landwirtschaftliche Praktiken mit dem SDG 2 und beschreibt, dass der Konzern Nahrungsmittelanbau zusammen mit Tabakanbau in Mosambik, Malawi und Tansania unterstützt.¹⁰¹

Im Namen von Nachhaltigkeit im Allgemeinen oder SDGs im Besonderen engagieren sich Tabakkonzerne in Unternehmens- und Multi-Stakeholder-Gruppen oder Partnerschaften. Als Teil der Unternehmensgruppe WBCSD hat PMI zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen befürwortet.¹⁰² Der BAT-Konzernchef Nicandro

⁹² — Vgl. Statista (2018).

⁹³ — Imperial Brands, Annual Report and Accounts 2017, 2017, 29.

⁹⁴ — British American Tobacco, Responding to a Changing World: Sustainability Report 2016, 2017, 1, 13, 15, 22, 28, 30, [http://bat.com/group/sites/uk_gd9kcy.nsf/vwPagesWebLive/DO9DCL3P/\\$FILE/medMDAKJK4B.pdf](http://bat.com/group/sites/uk_gd9kcy.nsf/vwPagesWebLive/DO9DCL3P/$FILE/medMDAKJK4B.pdf).

⁹⁵ — Japan Tobacco International, “Media Information: Transparency, Sustainability and Innovation: Three Endangered Fundamentals the New WHO Director General” (Geneva, Switzerland, 24. Mai 2017), www.jti.com/our-views/newsroom/transparency-sustainability-and-innovation-three-endangered-fundamentals-new-who.

⁹⁶ — Philip Morris International, “PMI Welcomes the Adoption of UN’s Sustainable Development Goals,” 19. August 2016, www.pmi.com/media-center/news/details/PMI_welcomes_the_adoption_of_UNs_Sustainable_Development_Goals.

⁹⁷ — Philip Morris International, 2017 Annual Report, 2018, 5, <http://phx.corporate-ir.net/External.File?item=UGFyZW50SUQ9NjkwOTgzfENoaWxkSUQ9NDAwNjU5FR5cGU9MQ==&t=1>.

⁹⁸ — JTI Foundation, “Water and Life: Improved Sanitation for Low Income Communities in Bangladesh,” abgerufen am 18. Januar 2018, <http://jtifoundation.org/projects/water-and-life/>; Habitat for Humanity Bangladesh, “Sustainable Development Goals and Contribution of Habitat Bangladesh,” 2018, www.habitatbangladesh.org/n/n/n/n/news-and-stories-of-habitat-for-humanity-bangladesh/news/110-sustainable-development-goals-and-contribution-of-habitat-bangladesh.html.

⁹⁹ — British American Tobacco Bangladesh, Directors’ Report 2015 (Bangladesh, 2016), 4, [www.batbangladesh.com/group/sites/BAT_9T5FQ2.nsf/vwPagesWebLive/DOA9ECYW/\\$FILE/Directors_Report_2015.pdf?openelement](http://www.batbangladesh.com/group/sites/BAT_9T5FQ2.nsf/vwPagesWebLive/DOA9ECYW/$FILE/Directors_Report_2015.pdf?openelement) (Stand: 15.5.2018).

¹⁰⁰ — Gary Fooks und Anna Gilmore, “Corporate Philanthropy, Political Influence, and Health Policy,” *PLoS ONE* 8, no. 11 (27. November 2013): 5, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0080864>; Gilmore u. a., “Exposing and Addressing Tobacco Industry Conduct in Low-Income and Middle-Income Countries,” 1033.

¹⁰¹ — Philip Morris International, Sustainability Report: Communication on Progress 2016, United Nations Global Compact, 50, 76.

¹⁰² — World Business Council for Sustainable Development, “Paris Agreement Enters into Force Today: Check out What Our CEOs Are Saying,” World business council for sustainable development, 4. November 2016, www.wbcsd.org/Overview/News-Insights/General/News/Paris-Agreement-enters-into-force-today-Check-out-what-our-CEOs-are-saying.



Tabakunternehmen vernetzen ihre CSR-Programme zunehmend mit den SDGs. In Mosambik, Tansania und Malawi unterstützen sie nach eigenen Aussagen neben dem Tabakanbau die Nahrungsmittelproduktion. Sie sagen, Frauen wie diese in Dofu, Normalawi, würden von ihrer Unterstützung profitieren.

Durante betont: „Ziel 17 mit seinem Fokus auf Partnerschaften ist ebenso besonders relevant. Im Rahmen von Multi-Stakeholder-Partnerschaften zu arbeiten, war immer von zentraler Bedeutung für unseren Nachhaltigkeitsansatz.“¹⁰³ Das Unternehmen zählt eine Reihe Akteure auf, mit denen es arbeitet, zum Beispiel NGOs

und Entwicklungsorganisationen, Regierungen und internationale Organisationen wie die UN und die ILO; und es ist Mitglied in verschiedenen Nachhaltigkeitsgruppen.¹⁰⁴ JTI ist Mitglied der UN-Plattform zu Kinderarbeit und der Alliance 8.7, dessen Name sich auf das SDG 8.7 (Kinderarbeit) bezieht.¹⁰⁵

Strategieänderungen beim Kerngeschäft?

Neben Rhetorik und CSR-Projekten bleibt die Frage: Verändert die Tabakindustrie die Strategien ihres Kerngeschäfts? Klar ist, ihre größte Wirkung für eine nachhaltige Entwicklung liegt in der öffentlichen Gesundheit. Alle vier multinationalen Konzerne betonen ihre Forschungsbemühungen für neuartige Tabakprodukte, von denen sie sagen, sie seien potenziell weniger riskant, ähnlich wie die Förderung von Filtern und Zigaretten mit niedrigem Teergehalt in den 1950er- und 1960er-Jahren.¹⁰⁶ Sie haben damit begonnen, die „gesundheitlichen Bedenken im Zusammenhang mit dem Rauchen“¹⁰⁷ zuzugeben und die sagen „Rauchen von Zigaretten verursacht schwere Krankheiten“¹⁰⁸ – in der Regel gepaart mit dem Lob auf ihre E-Zigaretten oder Tabakerhitzer-Produkte.¹⁰⁹ Dennoch geben die Konzerne weiterhin nicht zu, dass sie für Millionen von Todesfällen verantwortlich sind, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft, in der sie weiterhin Zigaretten verkaufen.

Trotz ihrer enormen Relevanz im Gesundheitsbereich ignorieren JTI, BAT und Imperial Brands das SDG 3 zu Gesundheit komplett und erkennen deshalb den Bereich, in dem sie am meisten bewirken könnten, nicht an. PMI bezieht sich auf SDG 3 als größten potenziellen Wirkungsbereich¹¹⁰, unterlässt es aber, die WHO

¹⁰³ — British American Tobacco, Responding to a Changing World: Sustainability Report 2016, 1.

¹⁰⁴ — Vgl. British American Tobacco, 34 (2016).

¹⁰⁵ — Japan Tobacco International, Agricultural Labor Practices 2017 (Geneva, Switzerland, 2017), 4, www.jti.com/sites/default/files/related_docs/jti_ALP_booklet2017.pdf (Stand: 15.5.2018).

¹⁰⁶ — Cummings, Morley, und Hyland, „Failed Promises of the Cigarette Industry and Its Effect on Consumer Misperceptions about the Health Risks of Smoking,” i111 (2002).

¹⁰⁷ — Imperial Brands, Sustainability Report 2017: Growing Our Business Responsibly (Bristol, UK, 2017), 4, www.imperialbrandsplc.com/content/dam/imperial-brands/corporate/responsibility/approach-and-performance/Sustainability_Report_2017.pdf.

¹⁰⁸ — Philip Morris International, „PMI Welcomes the Adoption of UN’s Sustainable Development Goals,” 6, 19.8.2016.

¹⁰⁹ — Japan Tobacco Inc., JT Group Sustainability Report. FY 2016 (Tokyo, Japan, 2017), 52, www.jti.com/sites/default/files/related_docs/JT_Group_Sustainability_Report_FY2016.pdf; British American Tobacco, Responding to a Changing World: Sustainability Report 2016, 4 (Stand: 15.5.2018).

¹¹⁰ — Philip Morris International. 2017 Annual Report, 2018, 5.

FCTC, deren Regulierungsmaßnahmen die Firma als großes Geschäftsrisiko¹¹¹ beschreibt, als integralen Bestandteil des SDG 3 zu benennen. Gleichzeitig verkaufen alle vier Unternehmen nicht nur weiterhin brennbare Tabakprodukte, für die sie den Löwenanteil ihrer Werbebudgets ausgeben, sondern erweitern ihre Märkte dafür in Fläche und Größe.¹¹²

Aber warum geben sich Tabakunternehmen mit der SDG-Rhetorik ab, anstatt sie einfach ganz zu ignorieren? Durch die Anerkennung der FCTC als wichtiges Instrument zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung sind die SDGs eine Gefahr für die Tabakindustrie, sogar mehr als zuvor die FCTC. In einem internen Papier aus dem Jahr 2015, das Reuters zugespielt wurde, beschreibt PMI die potenzielle Aufnahme zusätzlicher Tabakkontrollmaßnahmen in die SDGs als „alarmierende Entwicklung“, weil die Firma fürchtete, „dass dies zur Gründung eines weiteren internationalen Gremiums in der UN führen könnte, das sich spezifisch mit Tabak beschäftigen würde.“¹¹³ PMI stützte dieses Szenario auf unspezifische „Informationen“ und es gibt keinen Beweis dafür, dass dies jemals auf UN-Ebene diskutiert wurde. Dennoch lobbyierte das Unternehmen in der Folge Vertreterinnen und Vertreter von Außenministerien sowie die UN mit dem Argument, dass die Aufnahme von Tabak in die SDGs zu einem höheren Bedarf an staatlichen Beitragszahlungen zur UN führen könnte. Nachdem nun die FCTC in die SDGs aufgenommen wurde, kann die Tabakindustrie die Ziele nicht mehr ignorieren.

Die SDGs betten Tabakkontrolle in eine breitere Agenda ein und führen dazu, dass sich UN-Institutionen und Regierungsressorts jenseits der Gesundheitsminis-

terien engagieren. Diese anderen Ressorts, zum Beispiel Landwirtschafts- und Handelsministerien, wurden traditionell von Tabakfirmen lobbyiert, um Konflikte über Tabakkontrollmaßnahmen zu schüren und diese so zu verhindern. Die Tabakindustrie kann es sich nicht leisten, dieses Bollwerk zu verlieren. Gleichzeitig bieten die SDGs eine Gelegenheit für neue öffentlich-private Partnerschaften (SDG 17.17), eine Form des Engagements, mit der die Tabakindustrie seit Jahrzehnten Regulierungen blockierte oder verwässerte. Dies gibt PMI für seine „Normalisierungsstrategie“ einen perfekten Weg vor, um Themen wie ein Verbot von Lobbying, politischer oder wohlthätiger Spenden oder den Ausschluss von Tabak aus Handelsabkommen anzugehen. Eine geplante Aktivität ist „der Ausbau von bestehenden und die Förderung von zukünftigen Stakeholder-Beziehungen mit internationalen Organisationen, Politikerinnen und Politikern sowie NGOs“. Das Ziel von PMI ist es, als „vertrauenswürdiger und unentbehrlicher Partner, der Lösungen auf den Tisch bringt,“ wahrgenommen zu werden – auf einen Tisch, von dem die Industrie aufgrund von Artikel 5.3 der FCTC weitgehend ausgeschlossen ist.¹¹⁴ Dafür versucht die Firma den Bereich der neuartigen Tabakprodukte zu nutzen.¹¹⁵ Derselbe interne Plan besagt, dass der Konzern die „Stimmen der ‚Schadensminimierung‘ stärken“ sollte, was das Unternehmen mit einem PR-Coup im September 2017 umsetzte: mit der neuen Stiftung „Foundation for a Smoke-Free World“ unter Leitung von Derek Yach, der früher bei der Tobacco Free Initiative der WHO tätig war, bevor er zu PepsiCo wechselte.¹¹⁶ Die Stiftung gibt an, dass sie unabhängig sei, obwohl PMI für die Dauer von 12 Jahren einen Betrag von 80 Millionen US-

¹¹¹ — Philip Morris International. 2017 Annual Report, Form 10-K 2018, 7.

¹¹² — Philip Morris International, 3; Philip Morris International, Sustainability Report: Communication on Progress 2016, United Nations Global Compact, 26f; British American Tobacco, “BAT Investor Day 2017: International Business Update” (London, UK, 25. Oktober 2017), [www.bat.com/group/sites/UK_9ZTFM.nsf/vwPagesWebLive/DOARDF8/\\$FILE/International_Business_Update.pdf?openelement](http://www.bat.com/group/sites/UK_9ZTFM.nsf/vwPagesWebLive/DOARDF8/$FILE/International_Business_Update.pdf?openelement); Imperial Brands, Annual Report and Accounts 2017, 12; Japan Tobacco Inc., Annual Report FY2016 (Tokyo, Japan, 2017), 22ff, www.jti.com/sites/default/files/jti-annual-reports/fy-2016-annual-report-fy2016-e-all.pdf (Stand: 15.5.2018).

¹¹³ — Philip Morris International, “Report on the 16th World Conference on Tobacco or Health,” 2015, <https://assets.documentcloud.org/documents/3892463/2015-World-Conference-on-Tobacco-or-Health.pdf> (Stand: 15.5.2018).

¹¹⁴ — Philip Morris International, “10 Year Corporate Affairs Objectives and Strategies,” 2014, <https://assets.documentcloud.org/documents/433395/10-Year-Corporate-Affairs-Objectives-and-Strategies.pdf> (Stand: 15.5.2018).

¹¹⁵ — Philip Morris International, 1; Philip Morris International, “Corporate Affairs Approach and Issues,” 2014, 15, www.documentcloud.org/documents/3892762-2014-Corporate-Affairs-Approach-and-Issues.html (Stand: 15.5.2018).

¹¹⁶ — Philip Morris International, “Philip Morris International Announces Support for the Establishment of the Foundation for a Smoke-Free World,” 12. September 2017, www.pmi.com/investor-relations/press-releases-and-events/press-releases-overview/press-release-details/?newsId=2300228; University of Bath Tobacco Control Research Group, “Foundation for a Smoke-Free World – TobaccoTactics,” 11. Januar 2018, www.tobaccotactics.org/index.php?title=Foundation_for_a_Smoke-Free_World.

Dollar (etwa 0,1 Prozent der Firmeneinnahmen) jährlich spendet.¹¹⁷ Im Jahresbericht 2017 benennt PMI explizit diese Stiftung als einen Beitrag zu SDG 3 und sagt, die Firma werde Forschung im Kontext von neuartigen Tabakprodukten finanzieren.¹¹⁸ Die Tabakindustrie hat schon früher verzerrte Wissenschaft und Frontgruppen genutzt, um Bemühungen um Tabakkontrolle zu beeinflussen.¹¹⁹ Tabakfirmen nutzen zusätzlich die teilweise widersprüchlichen Ziele innerhalb der SDGs – beispielsweise Steigerung der Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum (SDG 8) versus öffentliche Gesundheit (SDG 3). JTI greift die WHO öffentlich an und erklärt, sie „habe viele Programme gefährdet, die die Lebensbedingungen von Tabak anbauenden Gemeinden verbessern und die SDGs der Vereinten Nationen verwirklichen“.¹²⁰ Mit dieser Erklärung offenbart JTI eine alte Strategie der Tabakindustrie: andere UN-Organisationen gegen die WHO ausspielen. Obwohl JTI es nicht explizit erwähnt, bezieht sich das Zitat auf die laufende Debatte im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), ob die Zusammenarbeit mit JTI und anderen Tabakfirmen beendet werden soll. Eine zunehmende Anzahl an UN-Organisationen verabschiedet Regeln gegen die Einflussnahme der Tabakindustrie, und die ILO ist eine der letzten, die noch mit der Tabakindustrie kooperiert. Erst kürzlich hat der UNGC im September 2017 den Ausschluss von Tabakkonzernen bekannt gegeben. Unter anderem wurden PMI und Souza Cruz, die brasilianische Tochterfirma von BAT, ausgeschlossen.¹²¹

Zusammenfassung und Empfehlungen

Das Engagement von Unternehmen für die SDGs ist nicht per se eine schlechte Sache. Gerade wenn es darum geht, das Geschäftsverhalten nachhaltig zu verändern, ist eine größere Verantwortung der Unternehmen gefragt.

Dennoch müssen politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, die UN und die Zivilgesellschaft, die Unternehmenseinbindung unterstützen, vorsichtig sein, weil es schwierig sein kann bestimmte Geschäftsaktivitäten von deren Zielen zu unterscheiden. Eine neue Unternehmenspolitik kann eine Verschiebung der Geschäftsstrategie signalisieren oder lediglich PR-Rhetorik sein. Ein Programm zu Arbeitsbedingungen, das als Veränderung im Lieferkettenmanagement beworben wird, könnte sich als Greenwashing-Projekt mit begrenzter Größe und Wirkung erweisen. Außerdem kann die Einflussnahme von Konzernen auf der politischen Ebene, beispielsweise durch Unternehmens- oder Stakeholder-Gruppen, zu verwässerter staatlicher Regulierung mit negativen Auswirkungen für die Gesellschaft führen.

Die Tabakindustrie mag ernsthaft an einem Wechsel der Produktlinie arbeiten, nachdem sie verstanden hat, dass ihr aktuelles Produkt keine nachhaltige Profitquelle ist, weil die WHO FCTC und die SDGs dem entgegenstehen. Dennoch wird ein Wechsel der Geschäftsstrategie nicht durch eine bloße Änderung eines Produkts bewerkstelligt. Die Tabakindustrie zeigt kein verändertes Verhalten gegenüber Stakeholdern und Regulierung. Die Bezugnahmen auf die SDGs sind Teil einer breit angelegten, vielschichtigen Strategie mit dem Ziel, Tabakkontrollmaßnahmen wie Besteuerung, Werbeverbote oder Einheitsverpackungen zu blockieren. Deshalb entsprechen die Aktivitäten der Tabakindustrie nicht den grundlegenden Prinzipien für ein SDG-Engagement. Im Gegenteil, die Nutzung der SDGs zur Umgehung einer Regulierung beeinträchtigt nachhaltige Entwicklung statt sie zu fördern.

Die größte Wirkung, die die Tabakindustrie für das Erreichen der SDGs haben kann, ist die sofortige Einstellung aller Marketingbemühungen für Zigaretten und andere schädliche Tabakprodukte, und darauffolgend die Einstellung von Produktion und Verkauf dieser Produkte. Keine andere Maßnahme von Tabakunternehmen – keine

117 — University of Bath Tobacco Control Research Group, “Foundation for a Smoke-Free World – TobaccoTactics” (2018).

118 — Philip Morris International. 2017 Annual Report, 2018, 5.

119 — Thilo Grüning, Anna B. Gilmore, and Martin McKee, “Tobacco Industry Influence on Science and Scientists in Germany,” *American Journal of Public Health* 96, no. 1 (1. Januar 2006): 20–32, <https://doi.org/10.2105/AJPH.2004.061507>.

120 — Japan Tobacco International, “Media Information: Transparency, Sustainability and Innovation: Three Endangered Fundamentals the New WHO Director General”, 24.5.2017; Bevers and Japan Tobacco International, “Fighting Child Labor Is about Enhancing Farming Communities’ Livelihoods – Let’s Leave Political Games out of It”.

121 — Yvette van der Eijk u. a., “United Nations Global Compact: An ‘Inroad’ into the UN and Reputation Boost for the Tobacco Industry,” *Tobacco Control*, 2. November 2017, <https://doi.org/10.1136/tobaccocontrol-2017-054055>.

Investition in Katastrophenhilfe, Lieferkettenmanagement, Aufforstung und neuartige (bislang noch nicht als unschädlich erwiesene) Produkte – kann die Schäden ausgleichen, die diese Unternehmen weiterhin verursachen. Es gibt keine andere Konsumgüterindustrie, die mit einer ähnlichen Lösung eine gleichartige Wirkung erzielen könnte.

Die Rolle anderer Wirtschaftssektoren

Der Privatsektor hat im Einklang mit ethischen Bankprinzipien damit begonnen, Investitionen in die Tabakindustrie zu beenden und so eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Den Vorreitern, Firmen wie AXA, ABN Amro und andere Versicherungsgesellschaften, sollten (öffentliche) Rentenfonds folgen. Die Initiative sollte auf den Ausstieg aus Investitionen in andere schädliche Industrien ausgeweitet werden.¹²² Das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an derartigen Fonds ist immens, wie sich am FairWorldFonds, der unter anderem Waffen, Tabak und Alkohol ausschließt, zeigt.¹²³ Die Tabakindustrie zeigt ganz klar die Grenzen von öffentlich-privaten Partnerschaftsmodellen, eines Instruments, das von der UN und Regierungen stark für die SDG-Umsetzung vorangetrieben und verfolgt wird.

Obwohl es möglicherweise keine anderen Konsumprodukte gibt, die so schädlich sind wie Tabak, gibt es gegenüber anderen Produkten ebenso ernsthafte gesundheitliche Bedenken. 6,7 Millionen Todesfälle stehen in Bezug zu verarbeiteten Lebensmitteln, Zucker und Alkohol, und diese Branchen haben ähnliche Strategien wie die Tabakindustrie eingesetzt. Die Zuckerindustrie fördert voreingenommene Studien, um Zweifel an der Verbindung zwischen zuckerhaltigen Getränken und Fettleibigkeit zu wecken, Coca-Cola organisierte heftige Gegenwehr gegen Limonadensteuern in 14 Ländern, und Nahrungsmittelkonzerne argumentieren mit geistigem Eigentum und Handel, um die chilenische Regierung in Bezug auf Gesundheitskennzeichnung unter Druck zu setzen.¹²⁴ In diesen Bereichen sollten Regierungen, die

Zivilgesellschaft und die UN vorsichtig mit öffentlich-privaten Partnerschaften sein und die SDGs gegen die Beeinflussung durch Konzerne schützen. Die Richtlinien zu Artikel 5.3 der WHO FCTC und die zugehörige UN-Regelvorlage (model policy) bieten dazu Orientierung.

Um Nahrungsmittel-, Zucker- und Alkoholunternehmen nachhaltiger zu machen und unzureichende Regulierung anzugehen, kann der Tabaksektor ein hilfreiches Vorbild sein. Das Instrument der WHO, das für die Entwicklung der FCTC genutzt wurde, war lange vergessen und könnte dafür genutzt werden, andere Verträge zu entwickeln, um Maßnahmen wie Werbebeschränkungen, Gesundheitshinweise und Besteuerung für Produkte einzuführen, die der öffentlichen Gesundheit, den Menschenrechten oder der nachhaltigen Entwicklung ernsthaft schaden.

122 – Tobacco Free Portfolios, The Toolkit. 4th Edition, 2017, 43ff, www.tobaccofreeportfolios.org/wp-content/uploads/2018/01/TFP-Toolkit-4th-Edition.pdf (Stand: 15.5.2018); Jan Schulz, Rauchfrei Investieren: Warum Banken das tödliche Geschäft mit Tabak beenden sollten (Berlin: Facing Finance, 2017), www.facing-finance.org/files/2017/12/Rauchfrei_investieren.pdf.

123 – See www.fairworldfunds.de/fair-investment.php.

124 – Vital Strategies, Fool Me Twice. NCD Advocacy Report, 2017, www.vitalstrategies.org/foolmetwice/FoolMeTwice_Report.pdf.

Abkürzungen

AAAA	Addis Ababa Action Agenda
BAT	British American Tobacco
BSDC	The Business and Sustainable Development Commission
CEDAW	UN Committee on the Elimination of Discrimination Against Women
CNTC	China National Tobacco Corporation
CRC	UN Committee on the Rights of the Child
CSOs	Civil Society Organizations
CSR	Corporate Social Responsibility
ECOSOC	United Nations Economic and Social Council
EU	Europäische Union
FCTC	WHO Framework Convention on Tobacco Control
FfD	International Conference on Financing for Development
ICMA	International Capital Market Association
GCNC	UN Global Compact Network Canada
GBPs	Green Bond Principles
GRI	Global Reporting Initiative
GTS	Green Tobacco Sickness
GDP	Gross Domestic Product
HLPF	High-level Political Forum on Sustainable Development
IATF	Inter-Agency Task Force on Financing
ICC	International Chamber of Commerce
ILO	International Labor Organization
JTI	Japan Tobacco International
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MDGs	Millennium Development Goals
NCDs	Non-Communicable Diseases
ODA	Official development assistance
PMI	Philip Morris International
PPPs	Public Private Partnerships
SDG(s)	Sustainable Development Goal(s)
UN	United Nations
UN-DESA	UN Department of Economic and Social Affairs
UNDP	UN Development Programme
WBCSD	World Business Council for Sustainable Development
WWF	World Wildlife Fund for Nature

Über die Autorinnen und Autoren

Marie-Luise Abshagen ist Referentin für Nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Anna Cavazzini arbeitet als Politikreferentin für SDGs bei Brot für die Welt.

Laura Graen ist Mitbegründerin und politische Beraterin bei unfairtobacco. Sie forscht zudem zu Tabakkontrolle, Menschenrechten und Entwicklung.

Wolfgang Obenland ist Programmkoordinator beim Global Policy Forum.

**Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.**

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Deutschland

Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de